



## Beschluss-Protokoll

der 6. - 8. Sitzung, Amtsjahr 2015-2016

Mittwoch, den 18. März 2015, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

**Vorsitz:** *Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär  
Regine Smit, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

18. März 2015, 09:00 Uhr  
6. Sitzung *Daniel Goepfert (SP), Thomas Grossenbacher (GB), Roland Lindner (SVP),  
Stephan Mumenthaler (FDP), Rolf von Aarburg (CVP/EVP).*

18. März 2015, 15:00 Uhr  
7. Sitzung *Daniel Goepfert (SP), Beatriz Greuter (SP), Thomas Grossenbacher (GB),  
Danielle Kaufmann (SP), Stephan Mumenthaler (FDP),  
Franziska Reinhard (SP), Luca Urgese (FDP).*

18. März 2015, 20:00 Uhr  
8. Sitzung *Peter Bochsler (FDP), René Brigger (SP), Felix Eymann (LDP),  
Daniel Goepfert (SP), Thomas Grossenbacher (GB),  
Helmut Hersberger (FDP), Beatrice Isler (CVP/EVP),  
Danielle Kaufmann (SP), Roland Lindner (SVP),  
Stephan Mumenthaler (FDP), Franziska Reinhard (SP),  
Franziska Roth (SP), Tobit Schäfer (SP), Heiner Vischer (LDP),  
Roland Vöggtli (FDP), Aeneas Wanner (GLP).*

### Verhandlungsgegenstände:

14.	Ratschlag betreffend Gestaltungskonzept Innenstadt. Kenntnisnahme von Konzept und Planungshandbuch, Bewilligung von Rahmenausgaben und einer Planungspauschale sowie Beantwortung von sechs Anzügen und einer Schriftlichen Anfrage	4
19.	Anzüge 1 - 20 [6 - 20]	9
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Grande Camargue Rhénane	17
21.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Verlängerung der Buslinie 70 bis zum Bahnhof SBB sowie Christoph Wydler und Konsorten betreffend Tramquerung Nauenstrasse	18
22.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung der Aufgaben der Stadtbildkommission	19
23.	Beantwortung der Interpellation Nr. 126 Thomas Grossenbacher betreffend Kunstmuseum-Parking unter dem St. Alban-Graben	20
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Verlängerung der BVB-Buslinie 38 nach Hegenheim	20

25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Mitfinanzierung von grenzüberschreitenden Schnellbussen	20
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Bülent Pekerman und Konsorten betreffend Schaffung von Expresstrams	20
27.	Beantwortung der Interpellation Nr. 3 Heinrich Ueberwasser betreffend Rehe und andere Wildtiere auf dem Friedhof Hörnli	21
28.	Beantwortung der Interpellation Nr. 9 Oswald Inglin betreffend grosszügigem Zugang zur geplanten Personenunterführung West im Bahnhof SBB und entsprechender Gestaltung des Meret Oppenheim-Platzes	21
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Hermann Amstad und Konsorten betreffend Umgestaltung überdimensionierter Verkehrsflächen zu Grünflächen	22
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatriz Greuter und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen im Gundeli nach Eröffnung der Nordtangente	22
31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Umsetzung von Begegnungszonen auf siedlungsorientierten und T30-Zonen auf den übrigen Strassen im Gundeldingerquartier	23
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Wohnqualität	23
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Bewerbung für den Velo-City-Kongress 2019	23
34.	Beantwortung der Interpellation Nr. 117 Luca Urgese betreffend Wirkungsgrad von staatlichen und staatlich finanzierten Publikationen	24
35.	Beantwortung der Interpellation Nr. 118 Mustafa Atici betreffend Standortförderung - Life Science als "Klumpenrisiko"?	24
36.	Beantwortung der Interpellation Nr. 119 Toya Kruppenacher betreffend Stellenabbau bei Syngenta in Basel	25
37.	Beantwortung der Interpellation Nr. 123 Andrea Knellwolf betreffend Kontingente für Fachkräfte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative	25
38.	Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Kerstin Wenk betreffend Unterstützung des Gewerbeverbandes durch den Kanton Basel-Stadt	25
39.	Beantwortung der Interpellation Nr. 1 Pascal Pfister betreffend Massnahmen gegen Engpässe auf dem Arbeitsmarkt infolge der Umsetzung der Abschottungsinitiative	26
40.	Beantwortung der Interpellation Nr. 11 Talha Ugur Camlibel betreffend Plastik-Recycling	26
41.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Hausboote an der Wiesenmündung ermöglichen	26
42.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin betreffend Littering-Anteil ist zu senken	27
43.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Einbezug der Kosten eines Umweltschutzabos in die Bedarfsberechnung von Menschen, die Nothilfe beziehen und von sozialhilfeabhängigen Asylbewerbern in laufenden Asylverfahren	28
44.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Konzentration der Spitzen- und universitären Medizin auf dem Areal des Universitätsspitals Basel	28
45.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis	29
46.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Nutzung des Sparpotentials der Tagesschulen	30
47.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Rolf von Aarburg und Konsorten betreffend Numerus clausus trotz Ärztemangel	30
48.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Förderung der Nachholbildung	31

49.	Beantwortung der Interpellation Nr. 2 Daniel Goepfert betreffend wie können Synergien zwischen dem "Netzwerk 4057" und den Bildungslandschaften genutzt werden	31
50.	Beantwortung der Interpellation Nr. 6 Thomas Grossenbacher betreffend Beibehaltung von Einführungs- und Fremdsprachenklassen auf der Primarstufe	31
51.	Beantwortung der Interpellation Nr. 8 Katja Christ betreffend Zeitstruktur der Basler Schulen für die neuen Stundentafeln ab Schuljahr 2015/16	32
52.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Durchführung Schulsynode in unterrichtsfreier Zeit	32
53.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Möglichkeiten, den Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) in die Volksschule zu integrieren	33
54.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend Spielgruppen sind wichtig für die Sprachförderung, sie brauchen wirtschaftlich gesunde Bedingungen und Anerkennung!	34
55.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Rehabilitierung der Opfer der Hexenverfolgung in Basel	34
56.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Einführung von kantonalen Förderbeiträgen zur Beseitigung von baulichen Hindernissen für Behinderte in öffentlich zugänglichen Bauten und Anlagen	35
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	39
	Anhang C: Neue Vorstösse	45

### **Beginn der 6. Sitzung**

Mittwoch, 18. März 2015, 09:00 Uhr

### **Mitteilungen**

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

### **Workshop Papierloses Parlament**

Am Mittwoch kommender Woche, 25. März findet ab 18.00 Uhr bekanntlich der Workshop zum papierlosen Arbeiten im Parlament statt. Das Programm steht, die Inhalte sind vielversprechend.

Falls Sie teilnehmen möchten, vergessen Sie bitte nicht, sich noch anzumelden. Sie können sich online anmelden oder persönlich bei Regine Smit.

### **Abwesenheiten von Mitgliedern des Regierungsrates**

Die Regierungsräte Christoph Brutschin, Lukas Engelberger und Christoph Eymann werden heute teilweise aufgrund beruflicher Termine abwesend sein und sich durch Kollegen vertreten lassen.

### **Geburtstag**

Martina Bernasconi konnte gestern einen runden Geburtstag irgendwo in der Mitte des Lebens feiern. Wir gratulieren ihr herzlich und bedanken uns für den Kaffee, den sie uns heute Morgen spendiert [*anhaltender Applaus*].

### **Sitzungsablauf**

Wir behandeln nun - wie letzte Woche beschlossen - zuerst das Geschäft 14, das Gestaltungskonzept Innenstadt. Anschliessend fahren wir fort mit den neuen Anzügen, in diesem Fall mit dem Anzug 6.

## **14. Ratschlag betreffend Gestaltungskonzept Innenstadt. Kenntnisnahme von Konzept und Planungshandbuch, Bewilligung von Rahmenausgaben und einer Planungspauschale sowie Beantwortung von sechs Anzügen und einer Schriftlichen Anfrage**

[18.03.15 09:03:02, UVEK, BVD, 14.1098.01 05.8350.06 11.5138.03 02.7084.07 05.8405.06 07.5267.04 08.5060.04 14.5173.02, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf den Ratschlag 14.1098.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von Fr. 26'500'000 zu bewilligen sowie sechs Anzüge abzuschreiben und die Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage zur Kenntnis zu nehmen.

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin:* Sie haben das Geschäft bei der Genehmigung der Tagesordnung auf heute Morgen 09.00 Uhr terminiert.

Der Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission und der Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements haben vereinbart, dass sie ihre Eintretensvoten abtauschen.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

### Fraktionsvoten

Voten: *Bruno Jagher (SVP); Stephan Luethi-Brüderlin (SP)*

*Aeneas Wanner (GLP): beantragt Rückweisung des Ratschlags an die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.*

Voten: *Heiner Vischer (LDP)*

### Zwischenfragen

Voten: *Stephan Luethi-Brüderlin (SP); Heiner Vischer (LDP)*

*Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: Heiner Vischer, beantragen Sie die Rückweisung an die UVEK oder an den Regierungsrat?*

*Heiner Vischer (LDP): beantragt Rückweisung des Ratschlags an den Regierungsrat.*

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

### Einzelvoten

*Brigitta Gerber (GB): beantragt, alle zur Abschreibung beantragten Anzüge stehen zu lassen.*

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

*Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichteintreten.*

### Schlussvoten

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

### Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

### Abstimmung

Nichteintretensantrag Eric Weber.

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

### Ergebnis der Abstimmung

**84 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 892, 18.03.15 10:14:10]

### Der Grosse Rat beschliesst

auf den Ratschlag **einzutreten.**

### Eventualabstimmung

Rückweisungsantrag, Adressat der Rückweisung

JA heisst Rückweisung an den Regierungsrat (Antrag LDP), NEIN heisst an die UVEK (Antrag GLP)

### Ergebnis der Abstimmung

**55 Ja, 13 Nein, 23 Enthaltungen.** [Abstimmung # 893, 18.03.15 10:15:08]

### Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen.

### Abstimmung

Rückweisungsantrag an den Regierungsrat

JA heisst Zustimmung zum Rückweisungsantrag, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

### Ergebnis der Abstimmung

**30 Ja, 57 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 894, 18.03.15 10:16:05]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag **abzulehnen**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Rahmenausgabenbewilligung von Fr. 24'500'000

### Antrag

Die Fraktion LDP beantragt, eine Ziffer 1<sup>bis</sup> einzufügen mit folgendem Wortlaut: *1<sup>bis</sup> Bei Entwicklung der Vorprojekte und deren Umsetzung ist grundsätzlich der Variante Alpacher Quarzsandstein / Asphaltbelag den Vorzug zu geben.*

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

### Fraktionsvoten

Voten: *Stephan Luethi-Brüderlin (SP)*

### Einzelvoten

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

### Abstimmung

Antrag der Fraktion LDP auf eine zusätzliche Ziffer

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion LDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

### Ergebnis der Abstimmung

**33 Ja, 60 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 895, 18.03.15 10:25:55]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion LDP **abzulehnen**.

### Detailberatung

Ziffer 2, Ausgabenbewilligung beim Regierungsrat, Berichterstattung alle zwei Jahre

Ziffer 3, Vorprojekte Rümelinsplatz und Claraplatz

Ziffer 4, Varianzverfahren Rümelinsplatz und Claraplatz

Publikations- und Referendumsklausel

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**77 Ja, 9 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 896, 18.03.15 10:27:02]

### Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem vorgelegten Beschlussentwurf wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 22 vom 21. März 2015 publiziert.
---

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat und die Kommission beantragen, sechs Anzüge als erledigt abzuschreiben und die Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zur Kenntnis zu nehmen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass sie den Abschreibungsantrag zu den fünf Anzügen diskutieren können, jedoch nicht die Beantwortung der schriftlichen Anfrage (§ 41 Abs. 1 der AB).

Voten: *Stephan Luethi-Brüderlin (SP); Heiner Vischer (LDP)*

Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, den Anzug 05.8350 Roland Engeler und Konsorten betreffend Gestaltung der Achse Aeschenvorstadt - Freie Strasse - Marktplatz als Fussgängerzone als erledigt abzuschreiben.

**Abstimmung**

Anzug 05.8350 Roland Engeler und Konsorten

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**47 Ja, 43 Nein, 3 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 897, 18.03.15 10:30:57]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 05.8350 ist **erledigt**.

Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, den Anzug 11.5138 Tanja Soland und Konsorten betreffend Neugestaltung des Claraplatzes als erledigt abzuschreiben.

**Abstimmung**

Anzug 11.5138 Tanja Soland und Konsorten

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**47 Ja, 44 Nein, 3 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 898, 18.03.15 10:31:44]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5138 ist **erledigt**.

Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, den Anzug 02.7084 Susanne Signer und Konsorten betreffend fussgängerfreundliche Aeschenvorstadt als erledigt abzuschreiben.

**Abstimmung**

Anzug 02.7084 Susanne Signer und Konsorten

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**48 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung.** *[Abstimmung # 899, 18.03.15 10:32:26]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 02.7084 ist **erledigt**.



Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, den Anzug 05.8405 Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Aufwertung des Marktplatzes als erledigt abzuschreiben.

**Abstimmung**

Anzug 05.8405 Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 46 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 900, 18.03.15 10:33:12]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 05.8405 **stehen zu lassen.**

Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, den Anzug 07.5267 Stephan Maurer und Konsorten betreffend städtebauliche Aufwertung im Perimeter Steinenvorstadt - Steinentorstrasse als erledigt abzuschreiben.

**Abstimmung**

Anzug 07.5267 Stephan Maurer und Konsorten

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 44 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 901, 18.03.15 10:34:06]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben.**

Der Anzug 07.5267 ist **erledigt.**

Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, den Anzug 08.5060 Emanuel Ullmann und Konsorten betreffend Öffnung des Birsigs bis zum Barfüsserplatz als erledigt abzuschreiben.

**Abstimmung**

Anzug 08.5060 Emanuel Ullmann und Konsorten

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 902, 18.03.15 10:34:53]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 08.5060 **stehen zu lassen.**

**Der Grosse Rat nimmt Kenntnis**

von der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend Steinenvorstadt. Die Schriftliche Anfrage 14.5173 ist **erledigt.**

## 19. Anzüge 1 - 20 [6 - 20]

[18.03.15 10:35:18]

### 6. Anzug Beatriz Greuter und Konsorten betreffend statistischer Erfassung der Ausgesteuerten (Erwerbslosenstatistik)

[18.03.15 10:35:18, PD, 15.5014.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5014 entgegenzunehmen.

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 15.5014 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### 7. Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend betrieblicher Weiterbildung von gering Qualifizierten

[18.03.15 10:36:31, WSU, 15.5015.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5015 entgegenzunehmen.

*Eduard Rutschmann (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Mustafa Atici (SP); Annemarie Pfeifer (CVP/EVP); Patrick Hafner (SVP); Pascal Pfister (SP)*

#### Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Pascal Pfister (SP)*

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

**48 Ja, 40 Nein.** [*Abstimmung # 903, 18.03.15 10:45:50*]

#### Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 15.5015 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**8. Anzug Rolf von Aarburg und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-Plastiktüten**

[18.03.15 10:46:02, WSU, 15.5016.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5016 entgegenzunehmen.

*Christian Egeler (FDP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Salome Hofer (SP); Joël Thüring (SVP); Annemarie Pfeifer (CVP/EVP); Eveline Rommerskirchen (GB); Martin Lüchinger (SP); Rolf von Aarburg (CVP/EVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *André Auderset (LDP); Rolf von Aarburg (CVP/EVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**28 Ja, 53 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 904, 18.03.15 11:03:45]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5016 ist **erledigt**.

**9. Anzug Andreas Ungricht und Konsorten betreffend eine öffentliche Ausstellung des Friedensvertrags von 1648**

[18.03.15 11:03:59, PD, 15.5009.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 15.5009 entgegenzunehmen.

Voten: *Michael Koechlin (LDP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Talha Ugur Camlibel (GB); Sibylle Benz (SP); Alexander Gröflin (SVP); Andreas Ungricht (SVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**20 Ja, 62 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 905, 18.03.15 11:21:55]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5009 ist **erledigt**.

**10. Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt**

[18.03.15 11:22:07, BVD, 15.5017.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5017 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Anzug 15.5017 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**11. Anzug Heinrich Ueberwasser und Konsorten betreffend grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumplanung**

[18.03.15 11:22:34, BVD, 15.5018.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5018 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Anzug 15.5018 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**12. Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend bedarfsgerechten Tagesferien und bedarfsgerechten Tagesstrukturen für die jüngsten Kinder**

[18.03.15 11:23:04, ED, 15.5019.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5019 entgegenzunehmen.

*Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Franziska Roth-Bräm (SP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**69 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 906, 18.03.15 11:25:10]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 15.5019 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**13. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Buslinie Nr. 33 - Wiedereinführung des alten Taktes**

[18.03.15 11:25:23, BVD, 15.5020.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5020 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Anzug 15.5020 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**14. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend bedarfsbezogenes Gesundheitswesen**

[18.03.15 11:25:53, GD, 15.5021.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5021 entgegenzunehmen.

*Lorenz Nägelin (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

**Zwischenfrage**

Voten: *Philippe Macherel (SP); Lorenz Nägelin (SVP)*

Voten: *Felix Eymann (LDP); Toya Krummenacher (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP); Toya Krummenacher (SP)*

Voten: *David Jenny (FDP); RR Lukas Engelberger, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Sarah Wyss (SP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 907, 18.03.15 11:45:32]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5021 ist **erledigt**.

**15. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Nachhaltigkeit bei den Bildungslandschaften in Kooperationen mit der Quartier- und Stadtentwicklung des Präsidentsdepartements**

[18.03.15 11:45:45, ED, 15.5022.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 15.5022 entgegenzunehmen.

Voten: *Pascal Pfister (SP); RR Hans-Peter Wessels, stv. Vorsteher des Erziehungsdepartements (ED); Luca Urgese (FDP); Heidi Mück (GB); Beatrice Isler (CVP/EVP); Sarah Wyss (SP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**43 Ja, 40 Nein, 4 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 908, 18.03.15 11:57:09*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 15.5022 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**Schluss der 6. Sitzung**

11:57 Uhr

---

**Beginn der 7. Sitzung**

Mittwoch, 18. März 2015, 15:00 Uhr

**16. Anzug Felix Meier und Konsorten betreffend Verbesserung des Budgetierungsverfahrens**

[18.03.15 15:00:35, FKom, 15.5025.01, NAE]

Der Anzug richtet sich an die Finanzkommission.

Die Finanzkommission ist bereit, den Anzug 15.5025 entgegenzunehmen.

*Tanja Soland (SP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Andreas Zappalà (FDP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Tanja Soland (SP); Andreas Zappalà (FDP)*

Voten: *Mirjam Ballmer (GB); Michel Rusterholtz (SVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Mirjam Ballmer (GB); Michel Rusterholtz (SVP)*

Voten: *Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission; Mustafa Atici (SP); Felix Meier (CVP/EVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Tanja Soland (SP); Felix Meier (CVP/EVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**49 Ja, 42 Nein.** [Abstimmung # 909, 18.03.15 15:21:17]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 15.5025 einzutreten und ihn der Finanzkommission zu **überweisen**.

**17. Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Schaltung von Lichtsignalanlagen**

[18.03.15 15:21:30, BVD, 15.5030.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5030 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Anzug 15.5030 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**18. Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend Netzwerk für Kleinstfirmengründungen und Teamcoaching für über 50-Jährige**

[18.03.15 15:21:58, WSU, 15.5031.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5031 entgegenzunehmen.

*Daniela Stumpf (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Urs Müller-Walz (GB)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Jürg Meyer (SP); Urs Müller-Walz (GB)*

Voten: *Christophe Haller (FDP); Patrick Hafner (SVP); Salome Hofer (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Salome Hofer (SP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 910, 18.03.15 15:31:21]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 15.5031 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.



**19. Anzug Eric Weber betreffend Ausweis als Parlamentarier**

[18.03.15 15:31:33, Ratsbüro, 15.5033.01, NAE]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 15.5033 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**5 Ja, 65 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 911, 18.03.15 15:37:30]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 15.5033 ist **erledigt**.

**20. Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Verbesserung der Umsteige-Anreize für Pendler in Saint-Louis**

[18.03.15 15:37:45, BVD, 15.5035.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 15.5035 entgegenzunehmen.

*Andreas Ungricht (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Heiner Vischer (LDP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**63 Ja, 15 Nein.** [Abstimmung # 912, 18.03.15 15:41:01]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 15.5035 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## 20. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Grande Camargue Rhénane

[18.03.15 15:41:19, BVD, 08.5156.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 08.5156 abzuschreiben.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

*Mirjam Ballmer (GB): beantragt*, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Helmut Hersberger (FDP)*

### Zwischenfrage

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Helmut Hersberger (FDP)*

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Heinrich Ueberwasser (SVP)*

### Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

### Ergebnis der Abstimmung

**17 Ja, 63 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 913, 18.03.15 16:00:37]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 08.5156 **stehen zu lassen**.

## 21. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Verlängerung der Buslinie 70 bis zum Bahnhof SBB sowie Christoph Wydler und Konsorten betreffend Tramquerung Nauenstrasse

[18.03.15 16:00:57, BVD, 06.5353.04 07.5265.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge 06.5353 und 07.5265 abzuschreiben.

*Jörg Vitelli (SP): beantragt*, den Anzug Christoph Wydler und Konsorten (07.5265) **stehen zu lassen**.

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Heiner Vischer (LDP)*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Jörg Vitelli und Konsorten **abzuschreiben**.

Der Anzug 06.5353 ist **erledigt**.

**Abstimmung**

Anzug Christoph Wydler und Konsorten (07.5265)

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**43 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 914, 18.03.15 16:08:37]

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit Stichentscheid der Präsidentin, den Anzug Christoph Wydler und Konsorten (07.5265) **stehen zu lassen**.

**22. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung der Aufgaben der Stadtbildkommission**

[18.03.15 16:08:58, BVD, 14.5275.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 14.5275 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung innert zwei Jahren.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

*René Brigger (SP): beantragt Überweisung als Motion.*

*Anita Lachenmeier-Thüring (GB): beantragt Nichtüberweisung.*

**Zwischenfrage**

Voten: *Ruedi Rechsteiner (SP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Voten: *Roland Lindner (SVP); Conradin Cramer (LDP); Andreas Zappalà (FDP); Remo Gallacchi (CVP/EVP); Eric Weber (fraktionslos); Michael Koechlin (LDP); Ruedi Rechsteiner (SP); Heinrich Ueberwasser (SVP)*

**Eventualabstimmung**

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**20 Ja, 63 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 915, 18.03.15 16:50:53]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 14.5275 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

**Schlussabstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**62 Ja, 22 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 916, 18.03.15 16:51:54]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 14.5275 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert zwei Jahren zu überweisen.**

**23. Beantwortung der Interpellation Nr. 126 Thomas Grossenbacher betreffend Kunstmuseum-Parking unter dem St. Alban-Graben**

[18.03.15 16:52:10, BVD, 14.5694.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 14.5694 ist **erledigt.**

**24. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Verlängerung der BVB-Buslinie 38 nach Hegenheim**

[18.03.15 16:52:39, BVD, 10.5241.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5241 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben.**

Der Anzug 10.5241 ist **erledigt.**

**25. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Mitfinanzierung von grenzüberschreitenden Schnellbussen**

[18.03.15 16:53:14, BVD, 12.5304.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5304 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben.**

Der Anzug 12.5304 ist **erledigt.**

## 26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Bülent Pekerman und Konsorten betreffend Schaffung von Expressstrams

[18.03.15 16:53:48, BVD, 12.5305.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5305 abzuschreiben.

*Emmanuel Ullmann (GLP): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.*

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

### Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

### Ergebnis der Abstimmung

**73 Ja, 8 Nein.** [Abstimmung # 917, 18.03.15 17:00:04]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 12.5305 ist **erledigt**.

### Mitteilung

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin:* teilt mit, dass eine **Nachtsitzung** stattfindet.

## 27. Beantwortung der Interpellation Nr. 3 Heinrich Ueberwasser betreffend Rehe und andere Wildtiere auf dem Friedhof Hörnli

[18.03.15 17:00:37, BVD, 15.5024.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Heinrich Ueberwasser (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 15.5024 ist **erledigt**.

**28. Beantwortung der Interpellation Nr. 9 Oswald Inglin betreffend grosszügigem Zugang zur geplanten Personenunterführung West im Bahnhof SBB und entsprechender Gestaltung des Meret Oppenheim-Platzes**

[18.03.15 17:04:21, BVD, 15.5041.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Oswald Inglin (CVP/EVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 15.5041 ist **erledigt**.

**29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Hermann Amstad und Konsorten betreffend Umgestaltung überdimensionierter Verkehrsflächen zu Grünflächen**

[18.03.15 17:09:34, BVD, 06.5047.05, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 06.5047 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 06.5047 ist **erledigt**.

**30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatriz Greuter und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen im Gundeli nach Eröffnung der Nordtangente**

[18.03.15 17:10:08, BVD, 07.5188.06, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 07.5188 abzuschreiben.

*Jörg Vitelli (SP)*: **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Michael Wüthrich (GB)*; *Patrick Hafner (SVP)*; *Erich Bucher (FDP)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltung.** [*Abstimmung # 918, 18.03.15 17:20:26*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 07.5188 ist **erledigt**.

**31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Umsetzung von Begegnungszonen auf siedlungsorientierten und T30-Zonen auf den übrigen Strassen im Gundeldingerquartier**

[18.03.15 17:20:41, BVD, 12.5049.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5049 abzuschreiben.

*Jörg Vitelli (SP)*: **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Michael Wüthrich (GB)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Michael Wüthrich (GB)*

Voten: *Beatrice Isler (CVP/EVP); Patrick Hafner (SVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 919, 18.03.15 17:29:31]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 12.5049 ist **erledigt**.

**32. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Wohnqualität**

[18.03.15 17:29:48, BVD, 13.5014.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 13.5014 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 13.5014 ist **erledigt**.

### 33. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Bewerbung für den Velo-City-Kongress 2019

[18.03.15 17:30:14, BVD, 14.5167.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 14.5167 abzuschreiben.

*Jörg Vitelli (SP)*: **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

#### Zwischenfrage

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*; *Jörg Vitelli (SP)*

Voten: *Heiner Vischer (LDP)*; *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

#### Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

#### Ergebnis der Abstimmung

**41 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 920, 18.03.15 17:38:33]

#### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 14.5167 ist **erledigt**.

### 34. Beantwortung der Interpellation Nr. 117 Luca Urgese betreffend Wirkungsgrad von staatlichen und staatlich finanzierten Publikationen

[18.03.15 17:38:49, WSU, 14.5651.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Luca Urgese (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 14.5651 ist **erledigt**.



**35. Beantwortung der Interpellation Nr. 118 Mustafa Atici betreffend Standortförderung - Life Science als "Klumpenrisiko"?**

[18.03.15 17:41:53, WSU, 14.5652.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Mustafa Atici (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 14.5652 ist **erledigt**.

**36. Beantwortung der Interpellation Nr. 119 Toya Krummenacher betreffend Stellenabbau bei Syngenta in Basel**

[18.03.15 17:44:21, WSU, 14.5656.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Toya Krummenacher (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 14.5656 ist **erledigt**.

**37. Beantwortung der Interpellation Nr. 123 Andrea Knellwolf betreffend Kontingente für Fachkräfte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative**

[18.03.15 17:45:00, WSU, 14.5676.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Andrea Knellwolf (CVP/EVP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 14.5676 ist **erledigt**.

**38. Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Kerstin Wenk betreffend Unterstützung des Gewerbeverbandes durch den Kanton Basel-Stadt**

[18.03.15 17:49:19, WSU, 15.5002.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Kerstin Wenk (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5002 ist **erledigt**.

**39. Beantwortung der Interpellation Nr. 1 Pascal Pfister betreffend Massnahmen gegen Engpässe auf dem Arbeitsmarkt infolge der Umsetzung der Abschottungsinitiative**

[18.03.15 17:49:58, WSU, 15.5012.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Pascal Pfister (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 15.5012 ist **erledigt**.

**40. Beantwortung der Interpellation Nr. 11 Talha Ugur Camlibel betreffend Plastik-Recycling**

[18.03.15 17:51:36, WSU, 15.5043.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Talha Ugur Camlibel (GB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 15.5043 ist **erledigt**.

**41. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Hausboote an der Wiesenmündung ermöglichen**

[18.03.15 17:53:32, WSU, 12.5316.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5316 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 12.5316 ist **erledigt**.

**42. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin betreffend Littering-Anteil ist zu senken**

[18.03.15 17:54:01, WSU, 12.5302.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5302 abzuschreiben.

*Lorenz Nägelin (SVP): beantragt*, den Anzug **stehen zu lassen**.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**46 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 921, 18.03.15 17:57:38]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 12.5302 ist **erledigt**.

**Schluss der 7. Sitzung**

17:58 Uhr

---

**Beginn der 8. Sitzung**

Mittwoch, 18. März 2015, 20:00 Uhr

**43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Einbezug der Kosten eines Umweltschutzabos in die Bedarfsberechnung von Menschen, die Nothilfe beziehen und von sozialhilfeabhängigen Asylbewerbern in laufenden Asylverfahren**

[18.03.15 20:00:28, WSU, 12.5259.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5259 abzuschreiben.

*Nora Bertschi (GB): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.*

Voten: *Ursula Metzger (SP); Eric Weber (fraktionslos)*

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: ermahnt Eric Weber, zum Thema zu sprechen.*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 922, 18.03.15 20:08:57]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 12.5259 ist **erledigt**.

**44. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Konzentration der Spitzen- und universitären Medizin auf dem Areal des Universitätsspitals Basel**

[18.03.15 20:09:11, GD, 10.5149.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5149 abzuschreiben.

*Lorenz Nägelin (SVP)*: **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Philippe Macherel (SP)*; *RR Lukas Engelberger, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**48 Ja, 32 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 923, 18.03.15 20:17:58]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5149 ist **erledigt**.

**45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis**

[18.03.15 20:18:13, GD, 10.5204.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5204 abzuschreiben.

*Tanja Soland (SP)*: **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Michael Koechlin (LDP)*; *Joël Thüring (SVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Martina Bernasconi (GLP)*; *Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Mirjam Ballmer (GB)*

**Einzelvoten**

Voten: *Otto Schmid (SP)*; *Eduard Rutschmann (SVP)*; *Raoul Furlano (LDP)*

**Zwischenfragen**

Voten: *Otto Schmid (SP)*; *Raoul Furlano (LDP)*; *Eduard Rutschmann (SVP)*; *Raoul Furlano (LDP)*

Voten: *Christian von Wartburg (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Raoul Furlano (LDP); Christian von Wartburg (SP)*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: erteilt Eric Weber den ersten Ordnungsruf.*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); RR Lukas Engelberger, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Tanja Soland (SP); RR Lukas Engelberger, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**32 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 924, 18.03.15 21:00:52]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 10.5204 **stehen zu lassen.**

**46. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Nutzung des Sparpotentials der Tagesschulen**

[18.03.15 21:01:07, ED, 12.5121.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5121 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben.**

Der Anzug 12.5121 ist **erledigt.**

**47. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Rolf von Aarburg und Konsorten betreffend Numerus clausus trotz Ärztemangel**

[18.03.15 21:01:39, ED, 10.5078.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5078 abzuschreiben.

*Rolf von Aarburg (CVP/EVP): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.*

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**15 Ja, 63 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 925, 18.03.15 21:10:07]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 10.5078 **stehen zu lassen.**

**48. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Förderung der Nachholbildung**

[18.03.15 21:10:21, ED, 12.5335.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5335 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben.**

Der Anzug 12.5335 ist **erledigt.**

**49. Beantwortung der Interpellation Nr. 2 Daniel Goepfert betreffend wie können Synergien zwischen dem "Netzwerk 4057" und den Bildungslandschaften genutzt werden**

[18.03.15 21:10:49, ED, 15.5011.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 15.5011 ist **erledigt.**

**50. Beantwortung der Interpellation Nr. 6 Thomas Grossenbacher betreffend Beibehaltung von Einführungs- und Fremdsprachenklassen auf der Primarstufe**

[18.03.15 21:11:17, ED, 15.5038.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 15.5038 ist **erledigt**.

**51. Beantwortung der Interpellation Nr. 8 Katja Christ betreffend Zeitstruktur der Basler Schulen für die neuen Stundentafeln ab Schuljahr 2015/16**

[18.03.15 21:11:43, ED, 15.5040.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Katja Christ (GLP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 15.5040 ist **erledigt**.



**52. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Durchführung Schulsynode in unterrichtsfreier Zeit**

[18.03.15 21:15:22, ED, 10.5138.03, SAA]

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt formell keinen Antrag, den Anzug 10.5138 als erledigt abzuschreiben. Aus dem Inhalt des Schreibens geht aber hervor, dass der Regierungsrat beabsichtigt, den Anzug zur Abschreibung zu beantragen. Aus diesem Grund gehen wir von einem Abschreibungsantrag aus.

*Christian Egeler (FDP):* **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Emmanuel Ullmann (GLP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**47 Ja, 22 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 926, 18.03.15 21:21:24]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 10.5138 ist **erledigt**.

**53. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Möglichkeiten, den Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) in die Volksschule zu integrieren**

[18.03.15 21:21:38, ED, 12.5341.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5341 abzuschreiben.

*Heidi Mück (GB):* **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Sibylle Benz (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**38 Ja, 38 Nein.** [Abstimmung # 927, 18.03.15 21:28:24]

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit dem Stichentscheid der Präsidentin, den Anzug 12.5341 **stehen zu lassen**.

**54. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend Spielgruppen sind wichtig für die Sprachförderung, sie brauchen wirtschaftlich gesunde Bedingungen und Anerkennung!**

[18.03.15 21:28:46, ED, 10.5275.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5275 abzuschreiben.

*Edibe Gölge* (SP): **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Sibel Arslan* (GB); *RR Christoph Eymann*, *Vorsteher des Erziehungsdepartementes* (ED)

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 928, 18.03.15 21:38:15]

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit dem Stichtscheid der Präsidentin, den Anzug 10.5275 **stehen zu lassen**.

**55. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Rehabilitierung der Opfer der Hexenverfolgung in Basel**

[18.03.15 21:38:39, PD, 12.5314.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5314 abzuschreiben.

Voten: *Christine Wirz-von Planta* (LDP); *David Jenny* (FDP)

*Brigitta Gerber* (GB): **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Ursula Metzger* (SP); *Toni Casagrande* (SVP); *Eric Weber* (fraktionslos); *Bruno Jagher* (SVP); *Regierungspräsident Guy Morin*, *Vorsteher des Präsidialdepartementes* (PD)

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**36 Ja, 39 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 929, 18.03.15 22:05:30]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 12.5314 **stehen zu lassen**.

**56. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Einführung von kantonalen Förderbeiträgen zur Beseitigung von baulichen Hindernissen für Behinderte in öffentlich zugänglichen Bauten und Anlagen**

[18.03.15 22:05:47, PD, 12.5308.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5308 abzuschreiben.

*Jürg Meyer (SP)*: **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP)*; *Mark Eichner (FDP)*; *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Jürg Meyer (SP)*; *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 930, 18.03.15 22:19:50]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 12.5308 ist **erledigt**.

**Ordnungsanträge**

*Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin*: es liegen zwei Ordnungsanträge vor.

*Eric Weber* **beantragt**, die Sitzung **nach Traktandum 60 abzubrechen**.

*Lorenz Nägelin* **beantragt**, die Sitzung **jetzt abzubrechen**.

**Eventualabstimmung**

Ordnungsanträge *Weber* und *Nägelin*: Zeitpunkt des Sitzungsabbruchs

JA heisst Abbruch jetzt, NEIN heisst Abbruch nach Traktandum 60

**Ergebnis der Abstimmung**

**49 Ja, 17 Nein, 8 Enthaltungen.** [Abstimmung # 931, 18.03.15 22:21:30]

**Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter, die Sitzung jetzt abzubrechen und nicht erst nach Traktandum 60.

**Abstimmung**

Ordnungsantrag Nägelin: sofortiger Abbruch der Sitzung

JA heisst sofortiger Sitzungsabbruch, NEIN heisst weiterführen der Sitzung

**Ergebnis der Abstimmung**

**48 Ja, 21 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 932, 18.03.15 22:22:13]

**Der Grosse Rat beschliesst**

sofortigen Sitzungsabbruch.

**Tagesordnung**

Die nachfolgenden Geschäfte werden auf die Tagesordnung der Sitzung vom 15. / 22. April vorgetragen:

- |     |   |  |
|-----|---|--|
| 57. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Baschi Dürr und Tobit Schäfer betreffend Masterplan Hallen  | 10.5103.03   |
| 58. | Beantwortung der Interpellation Nr. 12 Brigitta Gerber betreffend TiSA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten   | 15.5044.02   |
| 59. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexander Gröflin und Lorenz Nägelin betreffend elektronischer Zustand von Betreibungsregisterauszügen  | 12.5336.02   |
| 60. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sibel Arslan und Konsorten betreffend Anpassung des Wahlgesetzes (Quorum)  | 14.5351.02   |
| 61. | Beantwortung der Interpellation Nr. 131 Beatriz Greuter betreffend dem aktualisierten System für die Bewertung der Arbeitsstellen (Kantonsangestellte)  | 15.5006.02   |
| 62. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Remo Gallacchi und Konsorten für eine Ergänzung des Kirchengesetzes   | 10.5121.04   |
| 63. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Verlustscheinbewirtschaftung   | 05.8151.04   |
| 64. | Beantwortung der Interpellation Nr. 129 Toya Krummenacher betreffend Überstundensituation bzw. Arbeitsbelastung im Polizeikorps BS  | 15.5003.02   |
| 65. | Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Planung und Durchführung von Massnahmen mit dem Ziel der Verbesserung des Verhaltens von Velofahrerinnen und -fahrern im Strassenverkehr sowie Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Integration des Ressorts Baustellen vom JSD ins BVD   | 12.5158.02<br>11.5290.03                             |
| 66. | Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Sicherheit in Basel (Tröten gegen Kröten!), Christian von Wartburg und Konsorten betreffend die Erstellung einer eigenen Basler Panic App, Alexander Gröflin und Ursula Kissling-Rebholz betreffend Notrufsäulen sowie Heiner Vischer und Konsorten betreffend Einführung des Bezahlens von Parkgebühren mit dem Handy | 12.5254.02<br>13.5175.02<br>12.5185.02<br>13.5433.02 |
| 67. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion David Jenny und Konsorten betreffend Koordination der Regelungen betreffend Anwaltsexamen mit dem Kanton Basel-Landschaft  | 14.5350.02   |
| 68. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Ursula Metzger und Konsorten betreffend Einfügung einer Legaldefinition der häuslichen Gewalt im Polizeigesetz   | 14.5348.02   |
| 69. | Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag Remo Gallacchi und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Aufstockung Grenzwachtkorps  | 14.5446.02   |
| 70. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend kohärente Regelungen bezüglich sans-papiers  | 10.5188.03   |

### Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Beatrice Isler betreffend Grippeerkrankungen von Menschen ohne festen Wohnsitz (15.5066.01).
- Schriftliche Anfrage Heinrich Ueberwasser betreffend kritische Lage am Schweizer Landesflughafen Basel-Mulhouse (15.5124.01).
- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend Umnutzungen (15.5134.01)
- Schriftliche Anfrage Eduard Rutschmann betreffend Kriminaltourismus (15.5135.01)
- Schriftliche Anfrage Jörg Vitelli betreffend Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat (Nr. 15.5136.01)
- Schriftliche Anfrage Kerstin Wenk betreffend Tagesbetreuung (Nr. 15.5137.01)
- Schriftliche Anfragen von Eric Weber betreffend:
  - Wo darf in Basel gebettelt werden (Nr. 15.5081.01)
  - Sozialdienst der Kantonspolizei (Nr. 15.5082.01)
  - Einwanderungskanton Basel (Nr. 15.5083.01)
  - Kann so ein Attentat bei uns passieren? (Nr. 15.5084.01)
  - Deutscher Kolonialismus und Imperialismus in der Schweiz (Nr. 15.5085.01)
  - Partnerschaft zwischen Basel und Strassburg (Nr. 15.5086.01)
  - Wann wird das Strafgericht geöffnet (Nr. 15.5087.01)
  - Verbesserung im Basler Strassenverkehr (Nr. 15.5088.01)
  - geschlossene Ausfahrt im Kleinbasel bei der Nordtangente (Nr. 15.5089.01)
  - Biber im Rhein (Nr. 15.5090.01)
  - Ist fischen in unserem schönen Kanton kostenfrei (Nr. 15.5091.01)
  - Hat Basel Seen (Nr. 15.5092.01)
  - Rhein (Nr. 15.5093.01)
  - Warum werden an alt Grossräte keine Unterlagen verschickt (Nr. 15.5094.01)
  - Einsicht in das Handbuch für Regierungsräte (Nr. 15.5095.01)
  - Schifflinie Basel – Amsterdam (Nr. 15.5096.01)
  - Wie ist es mit Hygienestandards in Basel (Nr. 15.5097.01)
  - Gratis SBB-Abo für sozial schwache Basler (Nr. 15.5098.01)
  - Warum gibt es die Jahreschronik nicht mehr kostenfrei (Nr. 15.5099.01)
  - Flüchtlinge als Chance für wen (Nr. 15.5100.01)
  - Erleichterte Stellensuche für Sozialhilfe-Empfänger (Nr. 15.5101.01)
  - Stadtwache in Basel (Nr. 15.5102.01)
  - Wie hoch darf der Feinstaub in Basel sein (Nr. 15.5103.01)
  - Soll der Islam öffentlich-rechtlich anerkannt werden (Nr. 15.5104.01)
  - Leere weisse Seite in der Zeitung Basel 55 (Nr. 15.5105.01)
  - Wie gehe ich jetzt mit meiner Angst um (Nr. 15.5106.01)
  - Was macht die Basler Integrations-Beauftragte (Nr. 15.5107.01)
  - Warum wird der Basler Weihnachtsmarkt umbenannt (Nr. 15.5108.01)
  - Probleme mit den 50'000 Grenzgängern in Basel (Nr. 15.5109.01)
  - Gibt es Wirtschaftsförderung in Basel (Nr. 15.5110.01)
  - Wie viel Geld wurde an den Linken Claude Longchamp bezahlt (Nr. 5111.01)
  - Wohnung von mutmasslichen IS-Sympathisanten in Basel gestürmt (Nr. 15.5112.01)
  - Umfrage vom Personalmagazin BS intern (Nr. 15.5113.01)
  - Rassistischer Seiten im Internet (Nr. 15.5114.01)
  - Demonstrationen in Basel (Nr. 15.5115.01)
  - Warum wird Türken-Hetze gegen Schweizer noch von der Basler Regierung finanziert (Nr. 15.5116.01)

- Warum hat die Basler Regierung Angst vor Moslems (Nr. 15.5117.01)
- Pegida Basel und Eric Weber (Nr. 15.5118.01)
- Basler Schnäppchenjagd in Deutschland und im Elsass (Nr. 15.5119.01)
- Sondersteuer für Grenzgänger (Nr. 15.5120.01)
- Wie kommt man in die geheime Stadt von Basel (Nr. 15.5121.01)
- Tag der offenen Tür bei der Basler Regierung (Nr. 15.5122.01)
- Arbeit für Grossrat Eric Weber (Nr. 15.5123.01)

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten **überwiesen**

**Schluss der 8. Sitzung**

22:22 Uhr

Basel, 18. März 2015

Elisabeth Ackermann  
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

## Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 892 - 907	892	893	894	895	896	897	898	899	900	901	902	903	904	905	906	907
1	Beatriz Greuter (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	A
2	Sibylle Benz (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
3	Philippe Macherel (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	A	J
4	Dominique König (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
6	Otto Schmid (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
7	Thomas Gander (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
8	René Brigger (SP)	A	A	A	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	J	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	A	N	A	A	N
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	E	J	E	J	J	J	J	J	J	N	N	E	J	N
11	Erich Bucher (FDP)	J	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	N	N	A	J	N
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	N
13	David Jenny (FDP)	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	J	N
14	Patrick Hafner (SVP)	N	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	N
16	Roland Lindner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
17	Bruno Jagher (SVP)	J	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	N
18	Michael Wüthrich (GB)	J	E	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	N	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	E	N	J	N
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	E	N	J	N
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	A	A	A	A	A
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	E	J	N	J	J	N	J	N
26	Aeneas Wanner (GLP)	J	N	J	J	J	J	J	J	J	A	A	J	J	N	A	N
27	Dieter Werthemann (GLP)	E	J	J	J	N	J	J	J	J	J	N	N	E	N	J	N
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	N	N	J	N	N	N	N	N	J	J	J	N	J	J
29	Daniel Goepfert (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
30	Tobit Schäfer (SP)	E	J	E	N	E	N	N	N	N	N	N	A	J	N	J	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	J	N	N	J	N	N	A	N	N	J	J	N	N	J	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	E	N	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	N	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	A	A	A	A	J
35	Toya Krummenacher (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
36	Stephan Luethi (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	E	N	J	J
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	N	N	J	J
41	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	A	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	N
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	N
43	Andreas Ungricht (SVP)	N	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	N	N	A	A	A
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	N
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	N
46	Sibel Arslan (GB)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
47	Brigitta Gerber (GB)	J	N	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	E	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	N	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	J	A	A	J
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	N	N	J	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	J
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	J	N





Sitz	Abstimmungen 908 - 923	908	909	910	911	912	913	914	915	916	917	918	919	920	921	922	923
1	Beatriz Greuter (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	N	E
2	Sibylle Benz (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
3	Philippe Macherel (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
4	Dominique König (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	N	J	N	J	A	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
6	Otto Schmid (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
7	Thomas Gander (SP)	J	N	J	A	A	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
8	René Brigger (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	A	A
9	Christophe Haller (FDP)	N	J	N	A	A	A	A	N	J	A	A	A	A	A	J	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	N	J	N	N	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
11	Erich Bucher (FDP)	N	J	N	N	J	N	J	N	J	J	J	J	J	A	J	J
12	Murat Kaya (FDP)	N	J	N	A	A	A	J	N	J	J	J	J	J	A	J	J
13	David Jenny (FDP)	N	J	N	N	J	N	J	N	J	J	J	J	J	A	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	N	J	N	N	N	J	J	J	N	J	J	J	J	N	J	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	N	J	N	N	N	J	J	N	J	J	J	J	J	N	J	N
16	Roland Lindner (SVP)	A	J	N	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N	A	A
17	Bruno Jagher (SVP)	N	J	N	N	J	J	J	N	J	J	J	J	J	A	J	N
18	Michael Wüthrich (GB)	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J	N	N	N	J	N	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	N	J	N	J	N	N	J	N	J	N	N	N	J	N	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	N	J	J	N	J	N	A	J	N	J	J	J	J	J	J	E
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	N	J	J	N	J	N	J	J	N	J	J	J	J	A	J	N
23	Michael Koechlin (LDP)	N	J	J	A	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	E
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	A	J	J	N	J	N	J	N	J	J	N	N	N	A	J	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	J	E	J	N	J	N	J	J	N	N	J	N	A	A
26	Aeneas Wanner (GLP)	N	J	N	N	J	A	A	N	J	N	J	N	J	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	N	J	N	N	J	N	J	N	J	N	J	J	E	J	J	N
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	A	N	N	A	A	N	J
29	Daniel Goepfert (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
30	Tobit Schäfer (SP)	A	N	J	A	A	N	N	N	A	A	A	A	A	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	N	J	N	J	N	N	J	E	J	N	N	N	J	N	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	N	A	N	J	N	N	N	J	J	N	A	N	J	N	J
35	Toya Krummenacher (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
36	Stephan Luethi (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	N	J	N	J	N	N	J	N	A	N	N	N	A	N	J
38	Seyit Erdogan (SP)	J	N	J	A	A	A	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40	Christian von Wartburg (SP)	J	N	J	N	J	N	N	N	J	J	N	N	N	J	N	J
41	Daniela Stumpf (SVP)	N	J	N	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	N	J	N
42	Alexander Gröflin (SVP)	N	J	N	N	N	J	J	N	J	J	J	J	J	N	J	N
43	Andreas Ungricht (SVP)	A	J	N	N	N	J	J	J	N	J	J	J	J	A	J	N
44	Joël Thüring (SVP)	N	J	N	N	N	J	J	N	J	J	J	J	J	N	J	N
45	Michel Rusterholtz (SVP)	N	J	J	N	N	E	J	N	J	J	J	J	J	A	J	N
46	Sibel Arslan (GB)	J	N	J	A	A	N	N	E	E	J	A	N	N	J	N	N
47	Brigitta Gerber (GB)	J	N	J	N	J	N	N	N	N	J	N	N	N	J	N	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	N	J	N	J	N	N	J	N	J	N	N	N	N	N	N
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	N	J	N	J	N	N	J	N	A	N	N	N	J	N	N
50	Nora Bertsch (GB)	J	N	J	N	J	N	N	E	E	A	N	N	N	J	N	N
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
52	Christian Egeler (FDP)	N	J	A	N	J	N	J	N	J	J	J	J	A	J	J	J



Sitz	Abstimmungen 924 - 932	924	925	926	927	928	929	930	931	932
1	Beatriz Greuter (SP)	N	N	J	N	N	N	N	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	N	N	J	N	N	N	N	E	E
3	Philippe Macherel (SP)	N	N	J	N	N	N	N	E	J
4	Dominique König (SP)	N	N	J	N	N	N	N	N	N
5	Ursula Metzger (SP)	N	N	J	N	N	N	N	J	J
6	Otto Schmid (SP)	N	N	J	N	N	N	N	J	J
7	Thomas Gander (SP)	N	N	J	N	N	N	N	J	J
8	René Brigger (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
9	Christophe Haller (FDP)	N	N	A	A	J	J	J	A	A
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	N	N	J	J	J	J	J	E
11	Erich Bucher (FDP)	J	N	N	J	J	J	J	J	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	N	N	J	E	J	J	J	J
13	David Jenny (FDP)	J	N	N	J	J	J	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	J
16	Roland Lindner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
17	Bruno Jagher (SVP)	J	N	J	J	J	N	J	J	N
18	Michael Wüthrich (GB)	N	N	J	N	N	N	N	N	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	N	N	J	N	N	N	N	A	A
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	A	A	J	J	J	J	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
26	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	N	N	N	J	J	E	J	N	N
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	N	A	J	A	N	A	N	N	N
29	Daniel Goepfert (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
30	Tobit Schäfer (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	N	N	J	N	N	N	N	N	J
32	Jürg Meyer (SP)	N	E	J	N	N	N	N	A	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	N	N	J	N	N	N	N	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	N	N	J	N	N	N	N	J	J
35	Toya Krummenacher (SP)	N	N	A	N	N	N	N	E	N
36	Stephan Luethi (SP)	N	N	J	N	N	N	N	N	N
37	Leonhard Burckhardt (SP)	N	N	J	N	N	E	N	J	E
38	Seyit Erdogan (SP)	N	N	J	N	N	N	N	J	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40	Christian von Wartburg (SP)	N	N	J	N	N	N	N	E	J
41	Daniela Stumpf (SVP)	E	J	J	J	J	J	J	J	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	N	N	J	J	J	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	N	J	J	J	A	A	A
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	N	J	J	J	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	N	N	J	N	N	N	N	N	N
47	Brigitta Gerber (GB)	N	N	J	N	N	N	N	N	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	N	N	J	N	N	N	N	N	E
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	N	N	J	N	N	N	N	N	J
50	Nora Bertschi (GB)	N	N	J	N	N	N	A	A	A
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A
52	Christian Egeler (FDP)	N	N	N	J	J	J	J	J	J



## Anhang C: Neue Vorstösse

### Budgetpostulate zum Budget 2015

#### Departement Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Dienststelle 822 Sozialhilfe

15.5048.01

Erhöhung um Fr. 560'000 (Personalaufwand) und Fr. 40'000 (Sachaufwand)

Begründung:

Die Regierung hat mit den Verantwortlichen der Sozialhilfe ein Programm installiert, welches die Verweildauer der einzelnen Klienten bei der Sozialhilfe reduzieren soll. Um dieses Programm umzusetzen, braucht es dafür gemäss aller Fachleute für die nächsten 3 Jahre sicherlich 15 Personen. Deshalb sollen dafür für 3 Jahre mindestens 15 statt 10 neue Stellen geschaffen werden. Die Fraktion Grünes Bündnis unterstützt den Ansatz Integration von Sozialhilfeklienten in die Sozial- und Arbeitsgesellschaft.

Urs Müller-Walz

#### Departement Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Dienststelle 826 ABES

15.5049.01

Erhöhung um Fr. 461'203

Begründung:

Am 1. Januar 2013 ist das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) in Kraft getreten. Die Bezeichnung "Amtsvormund" wurde durch "Beistand" (Berufsbeistand) ersetzt. Das neue Gesetz stellt "das Wohl des Schwachen" und das "Selbstbestimmungsrecht" als grundlegende Leitgedanken ins Zentrum. Das bedeutet sowohl Vorrang des Wohls der betreuten Person vor privaten und öffentlichen Interessen als auch die umfassende Achtung der Persönlichkeit.

Massnahmen des Erwachsenenschutzes dürfen nur angeordnet werden, sofern nicht andere, mildere Mittel ebenso geeignet sind, der Schutzbedürftigkeit gerecht zu werden (Subsidiaritätsprinzip). Zudem, und dies ist wichtig, wurde zwischen dem Entscheid Behörde (Kesb) und dem Amt für Erwachsenenschutz und Beistandschaften (ABES), sowie dem Kinder- und Jugendschutz (KJD) eine klare rechtliche Trennung vollzogen. Damit wurde im Interesse der Betroffenen sichergestellt, dass die Umsetzung unabhängig von der Entscheidbehörde vollzogen wird.

Dem persönlichen Kontakt zwischen Beiständin bzw. Beistand und seiner/seinem Klientin/Klienten kommt neu eine zentrale Bedeutung zu (Art. 405 Abs. 1 ZGB). Die Beiständin resp. der Beistand hat zu seiner/seinem Klientin/Klienten ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und ihren/seinen Willen zu beachten (Art. 406 ZGB). Art. 400 Abs. 1. ZGB fordert von einem Beistand die "persönliche und fachliche Eignung" und dass er "die Aufgabe selber wahrnimmt" und "die dafür erforderliche Zeit einsetzen kann".

Hinsichtlich der erforderlichen Zeit empfiehlt die Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) eine Fallzahl von 60 bis 80 Dossiers auf 100 Stellenprozent Berufsbeiständin/Berufsbeistand (ohne Leitungsfunktion).

Im Kanton Basel-Stadt geht das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) über diese Empfehlung hinaus und rechnet nach einem eigenen "Benchmark" 90 Dossiers pro Berufsbeiständin/Berufsbeistand.

Das heisst, es steht ein durchschnittliches Zeitbudget von 18 Stunden pro verbeiständete Person und Jahr für persönliche Betreuung und Administration zur Verfügung. Real liegen die Dossierzahlen allerdings bei 110 Fällen und damit 50 Prozent über den KOKES-Empfehlungen. Auch 2015 soll trotz im Budget zusätzlich beantragter sieben Vollzeitstellen die Belastung auf dem sehr hohen Niveau von 110 Dossiers pro Vollzeitstelle stehen bleiben. Der Beiständin bzw. dem Beistand bleibt damit für die persönliche Betreuung und die Administration gerade mal eine Stunde pro Klientin/Klient und Monat. Deshalb sollen wie ursprünglich geplant auch die 3 zusätzlichen Stellen, wie im ursprünglich geplanten Budget eingesetzt bewilligt werden.

Urs Müller-Walz

#### Departement Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Dienststelle 825 Kesb

15.5050.01

Erhöhung um Fr. 480'000

Begründung:

Am 1. Januar 2013 ist das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) in Kraft getreten. Die Bezeichnung "Amtsvormund" wurde durch "Beistand" (Berufsbeistand) ersetzt. Das neue Gesetz stellt "das Wohl des Schwachen" und das "Selbstbestimmungsrecht" als grundlegende Leitgedanken ins Zentrum. Das bedeutet sowohl Vorrang des Wohls der betreuten Person vor privaten und öffentlichen Interessen als auch die umfassende Achtung der Persönlichkeit.

Massnahmen des Erwachsenenschutzes dürfen nur angeordnet werden, sofern nicht andere, mildere Mittel ebenso geeignet sind, der Schutzbedürftigkeit gerecht zu werden (Subsidiaritätsprinzip). Zudem, und dies ist wichtig, wurde zwischen dem Entscheid Behörde (Kesb) und dem Amt für Erwachsenenschutz und Beistandschaften (ABES), sowie dem Kinder- und Jugendschutz (KJD) eine klare rechtliche Trennung vollzogen. Damit wurde im Interesse der Betroffenen sichergestellt, dass die Umsetzung unabhängiger von der Entscheidbehörde vollzogen wird.

Vermeehrt richtet sich inzwischen auch aus Fachkreisen und Politik deutliche Kritik bezüglich fehlender Ressourcen für den persönlichen Kontakt und zu langer Wartezeiten. Die neuen Strukturen des Erwachsenenschutzes führen bei den Mitarbeitenden zu einer hohen Arbeitsbelastung und zu Krankheitsausfällen Johanna Gämperli, Präsidentin KESB Rapperswil, forderte deshalb bereits 2013 eine Überprüfung der personellen Situation: "Sonst sind Kündigungen oder gesundheitliche Folgen für die Mitarbeitenden zu befürchten» (Beobachter, 14/2013).

Für Basel-Stadt bedeutet dies nach Ansicht der Verantwortlichen, dass mit 3 zusätzlichen Stellen bei der Kesb, voraussichtlich die Ansprüche an die Behörde sichergestellt werden können.

Urs Müller-Walz

#### **Erziehungsdepartement, Dienststelle 230 Volksschulen**

15.5051.01
------------

Erhöhung: Fr. 500'000

Begründung:

Die im revidierten Budget 2015 präsentierte Entlastungsmassnahme an der Primarschule "Erhöhung der durchschnittlichen SchülerInnenzahl pro Klasse" (Entlastungshöhe 500'000 Franken, Headcountreduktion 3.3, Volksschulen) ist rückgängig zu machen und das Erziehungsdepartement wird angehalten, dieses Geld an einem anderen Ort einzusparen.

Eine Erhöhung der durchschnittlichen SchülerInnenzahlen an der Primarstufe verstärkt die bestehenden Probleme. An gewissen Standorten sind die Klassen bereits sehr voll und Primarschulkinder können nicht beliebig in der ganzen Stadt verschoben werden. Die Gefahr ist gross, dass sich die Situation in ohnehin belasteten Standorten weiterhin verschärft.

Beim Erziehungsdepartement besteht durchaus Spielraum für Sparmassnahmen, doch sollen keine Massnahmen durchgeführt werden, die die Alltagsarbeit mit den Kindern erschweren.

Heidi Mück

#### **Erziehungsdepartement, Dienststelle 230 Volksschulen**

15.5052.01
------------

Erhöhung: Fr. 1'000'000

Begründung:

Die Primarschule ist durch die integrative Schulung der Kinder stark gefordert. Obwohl viele Lehrpersonen das Prinzip der Integration unterstützen, weisen sie darauf hin, dass das System in der Praxis ganze Klassen an die Grenzen bringe. Die Integrative Schule kann sich auch in ihr Gegenteil verkehren, indem Schüler innerhalb der Klasse zum Sonderfall abgestempelt und dadurch separiert werden. Erfahrungen in vielen Kantonen zeigen, dass das Modell der Integrativen Schule für die einzelne Lehrperson sowie für die beteiligten Kinder sehr anspruchsvoll ist und mehr finanzielle Mittel beansprucht, als das alte Modell.

Wie kaum ein anderer Kanton hat Basel-Stadt spezialisierte Förderklassen wie etwa die Einführungs- und Fremdsprachenklassen oder spezialisierte Schulen wie die Angebote der Gehörlosenschule oder der Tagesschule Münchenstein abgeschafft oder stark herunter gefahren. Die letzten verbliebenen Möglichkeiten zur sogenannten separativen Schulung (Spezialschulungen in kleinen Klassenverbänden / Integrationsklassen) sollen nun durch eine Kürzung von einer Million Franken weiter geschwächt werden. Als Grund werden sinkende Schülerzahlen angegeben. Allerdings ist der Prozess zur Anforderung verstärkter Massnahmen kompliziert und es ist nicht erwiesen, dass die Nachfrage nach verstärkten Massnahmen nicht wieder ansteigen wird. Die Erfahrung anderer Kantone zeigt, dass neben der Integrativen Schule weiterhin ein ausreichendes Angebot an separierter Schulung bereit gestellt werden sollte. Es wäre nicht zielführend, wenn bewährte Institutionen wegen einer kurzfristig nachlassenden Nachfrage geschlossen werden müssten, um sie dann später wieder aufbauen zu müssen. Überdies hat der Regierungsrat bei der Einführung der integrierten Schulung versprochen, dass mindestens ebenso viele finanzielle Mittel in die neuen sonderpädagogischen Stützmassnahmen fliessen werden, wie im alten System notwendig waren. Falls Mittel durch den Abbau der separativen Schulung als längerfristiger Trend frei werden, sollen diese vollumfänglich in den Regelunterricht fliessen. Dies könnte kurzfristig durch eine Umwidmung in die Regelklassen geschehen. Bis zur nächsten Budgetierung können Wege gefunden werden, um dies permanent zu erreichen.

Annemarie Pfeifer

**Präsidialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung**

15.5052.01

Erhöhung: Fr. 36'000

Begründung:

Angesichts heutiger dringlicher Raum- und Energieprobleme ist es unverständlich, warum die Förderung von innovativen, zukunftsorientierten Wohnformen zurückgestellt werden. Umnutzung, kreative Massnahmen zur Förderung von Grünflächen, zukunftsgerichtete Wohnformen, Information und Beratung für Baugemeinschaften sollen bestehen bleiben. Die innovativen Formen des Wohneigentums können gestrichen werden.

Brigitta Gerber

**Motionen****1. Motion betreffend gesetzlichen Verankerung der Nachqualifizierungsmöglichkeit für Kindergartenlehrpersonen**

15.5036.01

Mit Einführung der neuen Primarschule und der Umstellung auf das Schulsystem 8 - 3 - 4 unterrichten Lehrpersonen neu auf Schulstufen, die zum Teil andern Abgrenzungen folgen als sie dies bisher getan haben. Kindergartenlehrpersonen, die im alten System nur die Klassen 1 und 2 (nach neuer Zählung) unterrichtet haben, müssen auf der neuen Primarstufe für die Klassen 1 bis 5 einsetzbar sein (also vom Kindergarten bis zur 3. Primarschulklasse). Es ist eine Tatsache, dass heute und in den kommenden Jahren innerhalb einer Schulstufe „alte“ und „neue“ Lehrpersonen unterrichten, die auf Grund der neu konzipierten (und noch immer neu zu konzipierenden) Studiengänge nicht genau die gleichen Studienabschlüsse haben.

Je nach Ausbildungszeitpunkt gab es verschiedene Studiensysteme zur Erlangung der Unterrichtsbefähigung auf der jeweiligen Schulstufe, denn die Schulstufen folgen ja gemäss HarmoS und dem nun laut Lehrplan 21 umzusetzenden Unterrichten in Zyklen andern Abgrenzungen als früher. Auch im neuen Schulsystem muss gewährleistet sein, dass alle Lehrpersonen jeweils in allen Klassen desselben Zyklus unterrichten können und vielseitig einsetzbar sind. Dies im Wissen, dass langjährige Kindergarten- und Primarschullehrpersonen eine nicht weniger wertige Ausbildung haben als ihre jüngeren Kolleginnen und Kollegen der gleichen Schulstufe.

Auch auf der Sekundarstufe 1 gibt es Veränderungen durch die Umstellung auf die neuen Schulstufen. Diese werden aufgefangen durch nachqualifizierende Weiterbildungen, so dass man von weitgehend angeglichenen Qualifikationen sprechen kann und die Lehrkräfte innerhalb des gesamten Zyklus einsetzbar sind. Für die Primarstufe muss das Gleiche gelten.

Die Unterzeichnenden beauftragen deshalb den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, dem Grossen Rat innert eines Jahres eine Änderung des Schulgesetzes zu unterbreiten, die vorsieht, dass es für Kindergartenlehrpersonen und Primarlehrpersonen genau gleich wie für Lehrpersonen anderer Schulstufen ein niederschwelliges berufsbegleitendes Angebot zur nachqualifizierenden Weiterbildung gibt, sodass sie innerhalb des ganzen Zyklus ihrer Schulstufe einsetzbar sind. Dies kann durch eine Ergänzung des § 147 des Schulgesetzes (in seiner Fassung vom Oktober 2014) oder in anderer Form erreicht werden. Diese gesetzliche Verankerung der Gleichstellung der Kindergartenlehrpersonen im Bereich der niederschwelligen berufsbegleitenden Nachqualifizierung zur Unterrichtsbefähigung im gesamten ersten Zyklus (Schuljahre 1 bis 5), muss innerhalb des Schuljahres 2015/2016 erreicht werden.

Sibylle Benz Hübner, Martina Bernasconi, Kerstin Wenk, Daniel Goepfert, Thomas Grossenbacher, Annemarie Pfeifer, Andrea Bollinger, Helen Schai-Zigerlig, Anita Lachenmeier-Thüring, Urs Müller-Walz

**2. Motion betreffend öffentlicher Ausschreibung von Sitzen in Strategie- und Aufsichtsgremien**

15.5065.01

Seit der Annahme der Geschlechterquote im Kanton Basel-Stadt am 9. Februar 2014 ist der Regierungsrat verpflichtet sicherzustellen, dass im Rahmen seiner Wahlbefugnis Frauen und Männer zu mindestens je einem Drittel in einem Gremium vertreten sind.

Wie ein Informationsanlass im Januar 2015 zeigte, ist das Interesse von Frauen an Sitzen in Verwaltungsräten von öffentlich-rechtlichen Anstalten und öffentlichen Unternehmen gross. Es besteht kein Zweifel, dass es genügend qualifizierte Frauen gibt, um die Minimalquote von einem Drittel zu erreichen. Es wurde jedoch moniert, dass Personen, welche noch kein Netzwerk in diesem Bereich haben aber fachlich qualifiziert sind, gar nicht erfahren, wenn ein solcher Sitz frei wird und sich deshalb auch nicht bewerben könnten. Eine öffentliche Ausschreibung der freiwerdenden Sitze ist nicht nur im Sinne der interessierten Frauen, sondern aller, die an einer solchen Aufgabe Interesse haben. Ein transparentes Bewerbungsverfahren muss sicherstellen, dass bei Neubesetzungen alle die gleichen Chancen haben.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat deshalb, im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (EG GIG) zu regeln, dass die zu besetzenden Sitze öffentlich ausgeschrieben werden und ein transparentes Bewerbungsverfahren durchgeführt wird.

Mirjam Ballmer, Raoul I. Furlano, David Jenny, Brigitta Gerber, Sarah Wyss, Martina Bernasconi, Katja Christ, Daniel Goepfert, Salome Hofer, Helen Schai-Zigerlig, Andrea Knellwolf, Nora Bertschi, Joël Thüring, Sibel Arslan, Alexander Gröflin, Kerstin Wenk, Oswald Inglin

### 3. Motion betreffend Zugang von Sterbehilfeorganisationen zu öffentlich unterstützten Spitälern und Alters- und Pflegeheimen

15.5070.01
------------

Das Thema Sterbehilfe (resp. der sogenannte assistierte Suizid) ist ein schwieriges Thema, denn es ist heute zwar kein Tabu mehr, löst bei Betroffenen wie Nicht-Betroffenen jedoch gleichermassen starke Emotionen aus.

Die Schweiz zeichnet sich hier durch eine freiheitliche Gesetzgebung aus, welche sich am Selbstbestimmungsrecht des Menschen und der Menschenwürde orientiert. So ist Sterbehilfe erlaubt, soweit der Helfer nicht "selbstsüchtig" handelt (Art. 115 StGB). Das Bundesgericht hat in einem vielbeachteten Entscheid denn auch festgehalten, dass dem Sterbewunsch eines Menschen stattzugeben ist, wenn der Sterbewillige im Besitz der Urteilsfähigkeit einen autonomen, freien, wohl erwogenen und dauerhaften Sterbewunsch äussert. Dies auch dann, wenn sein Zustand nicht in absehbarer Zeit zum Tod führen wird, er aber wegen der Ausweglosigkeit seiner Lebenssituation und Unerträglichkeit des Leidens seinem Leben ein Ende setzen möchte.

Obwohl demnach die Rechtslage in diesem Sinne klar ist, hängt die praktische Durchführung für Patienten oder Bewohner teilweise von der Haltung der sie beherbergenden Institution ab. Es kommt immer wieder vor, dass Spitäler oder Alters- und Pflegeheime den Patienten oder Bewohnern aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zum Thema den Beizug von Sterbehilfeorganisationen verwehren oder faktisch verunmöglichen. Dies ist insbesondere deshalb stossend, weil Patienten oder Bewohner oft keine oder nur eine beschränkte Wahl haben, in welchem Spital oder Alters- und Pflegeheim sie untergebracht werden. Der Zugang zur Sterbehilfe unterliegt somit gewissermassen dem Zufall, was in einer derart grundlegenden Frage unhaltbar ist.

Es ist hier Aufgabe des Staates, dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen und der Menschenwürde als fundamentale Grundrechte zum Durchbruch zu verhelfen und für alle Institutionen, welche von der öffentlichen Hand finanziell unterstützt werden und somit in seinem Einflussbereich liegen, eine gleichermassen verbindliche Regelung zu treffen.

Es ist unbestritten, dass hierbei mit grösster Sorgfalt vorzugehen ist. Vorbildcharakter hat diesbezüglich die vom Kanton Neuenburg kürzlich eingeführte Regelung, welche klare Voraussetzungen definiert und bei allen Beteiligten für Rechtssicherheit sorgt.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat im Sinne der obigen Ausführungen, dem Grossen Rat innert eines Jahres eine Revision der gesetzlichen Grundlagen vorzulegen, wonach alle öffentlich unterstützten Spitäler und Alters- und Pflegeheime Sterbehilfeorganisationen den Zugang zu einem Betroffenen gewähren müssen, sofern dieser das wünscht und er

- a. urteilsfähig ist, sowie seinen Sterbewunsch dauerhaft, wohl erwogen und autonom gefasst hat,
- b. gemäss den für Ärzte verbindlichen standesrechtlichen Richtlinien an einer schweren und unheilbaren Krankheit oder an einer unzumutbaren Behinderung oder an unerträglichen Beschwerden leidet und
- c. über Alternativen, namentlich die Möglichkeiten der Palliativmedizin, nachweisbar aufgeklärt wurde.

Luca Urgese, Alexander Gröflin, Joël Thüring, Stephan Mumenthaler, Christian Egeler, Emmanuel Ullmann, Thomas Gander, Andreas Zappalà, Erich Bucher, Murat Kaya, Christine Wirz-von Planta, Tobit Schäfer, Katja Christ, Christophe Haller, Nora Bertschi, Tanja Soland

### 4. Motion betreffend steuerliche Förderung von Wohnraum zu Kostenmiete

15.5075.01
------------

Angesichts des knappen Wohnraums und der Mietpreisentwicklung im Kanton Basel-Stadt besteht ein grosses Bedürfnis nach preisgünstigem Mietwohnraum. Dieser wird von natürlichen oder juristischen Personen angeboten, welche deren Mietwohnungen zu Kostenmiete vergeben. Dieses Engagement soll weiter steuerlich motiviert werden, insbesondere im Bereich der Grundstückgewinn-, Handänderungs- und Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer.

Möchte heute jemand Mietwohnungen zu Kostenmiete anbieten, muss er eine Immobilie erwerben. Diese wird beim Erwerb mit der (häufigen) Handänderungssteuer belastet. Ferner können Schenkungs- bzw. Erbschaftssteuern anfallen. Wird die Immobilie später veräussert, fallen zusätzlich Grundstückgewinnsteuern und wiederum Handänderungssteuern an. Selbst steuerbefreite Institutionen sind von der Handänderungssteuer nicht ausgenommen, wenn sie die Grundstücke als Renditeobjekte erwerben.

Diese Steuerbelastungen haben als Transaktionskosten zwei Effekte: Erstens werden weniger Mietwohnungen zu Kostenmiete zur Verfügung gestellt als ohne entsprechende Steuerbelastung. Zweitens erhöht sich die Kostenbasis für Wohnungen mit Kostenmiete, womit deren Mietpreise steigen. Der Verzicht auf die Besteuerung motiviert im Gegenzug die Investoren dazu, dass mehr und günstigere Wohnungen zu Mietkosten angeboten werden und der



Weiterverässerung und damit der Spekulation entzogen werden.

Konkret fordern die Motionäre den Regierungsrat auf, eine gesetzliche Grundlage zu erarbeiten und einen neuen Sachverhalt im Gesetz über die direkten Steuern und Handänderungssteuergesetz aufzunehmen. Der Sachverhalt würde Erwerber von Wohnliegenschaften umschreiben, welche sich verpflichten, den erworbenen Wohnraum weiterhin zu den übernommenen Bedingungen auf Basis der Kostenmiete für 15 Jahre oder mehr anzubieten und entsprechend zu vermieten. Der Erwerb ist bei diesem Sachverhalt von der Handänderungssteuer auszunehmen (ähnlich dem Erwerb für selbstbewohntes Wohneigentum), der Sachverhalt ist als Aufschiebungsgrund (analog zu einer Schenkung) für die Grundstückgewinnsteuer aufzuführen und als Befreiungs- oder Stundungsgrund für die Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer aufzunehmen. Sollte die Auflage der Kostenmiete während 15 Jahren nicht eingehalten werden, ist steuerlich über den Erwerb abzurechnen. Denkbar wäre auch, dass der Kanton sich die Einhaltung der Auflage grundbuchlich anmerken oder gar mittels Grundpfandrecht sicherstellen lässt.

Mark Eichner, Conradin Cramer, Andreas Zappalà, Joël Thüring

## Anzüge

### 1. Anzug betreffend Park & Ride Parkplätze für Motorräder

15.5046.01
------------

Mit der Genehmigung der Erhöhung der Rahmenausgabenbewilligung für die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung durch den Grosse Rat müssen nun auch Motorräder in der Innenstadt und im Gebiet Bahnhof SBB Parkgebühren entrichten. Dies wird zur Folge haben, dass vermehrt Motorräder von Pendlern und Pendlerinnen ausserhalb der gebührenpflichtigen Zone abgestellt werden und so ein erhöhter Parkierdruck für die anwohnenden Motorradfahrer und -fahrerinnen entsteht. Sinnvoll wäre es deshalb, für solche Motorräder in der grenznahen Stadtperipherie in der Nähe von ÖV-Stationen Park & Ride Parkplätze zu schaffen.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- Teilt die Regierung die Ansicht, dass durch die Einführung der Parkraumbewirtschaftung für Motorräder in der Innenstadt und um den Bahnhof SBB der Parkierdruck für Motorräder in den angrenzenden Quartieren zunehmen wird?
- Teilt die Regierung auch die Ansicht, dass Park & Ride Parkplätze auch für Motorräder geschaffen werden sollten?
- Wo und wie könnte dies bewerkstelligt werden?

Heiner Vischer, Christine Wirz-von Planta, Michael Koechlin, Patricia von Falkenstein, Thomas Strahm, Bruno Jagher, Brigitte Heilbronner, Daniela Stumpf, Stephan Luethi-Brüderlin

### 2. Anzug betreffend Einführung einer Pendler-Vignette für Motorräder

15.5047.01
------------

Mit der Genehmigung der Erhöhung der Rahmenausgabenbewilligung für die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung durch den Grosse Rat müssen nun auch Motorräder in der Innenstadt und im Gebiet Bahnhof SBB Parkgebühren entrichten. Anwohner und Anwohnerinnen können für eine jährliche Gebühr von CHF 50 eine Vignette erwerben. Pendler und Pendlerinnen müssen hingegen die ordentliche Parkgebühr von CHF 0.50 / Std. entrichten, was um die CHF 1'000 pro Jahr ausmachen wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum für die Motorrad-Pendler und -Pendlerinnen nicht auch wie für die mit dem Auto Pendelnden eine Pendlerkarte angeboten wird. Die Pendlerkarte kostet für Autos CHF 740 pro Jahr, obwohl ein Auto im Schnitt vier Mal mehr Platz als ein Motorrad beansprucht. Zieht man den Vergleich mit den Auto-Pendlerkarten, müsste eine Motorradpendler-Vignette um die CHF 400 kosten.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- Teilt die Regierung die Ansicht, dass pendelnde Motorradfahrer unfair behandelt werden, weil ihnen im Gegensatz zu den Automobilisten keine Pendlervignette angeboten wird und sie die Parkgebühr stundenweise entrichten müssen?
- Wie könnte eine Pendlerkarte für Motorräder ausgestaltet sein?

Heiner Vischer, Christine Wirz-von Planta, Michael Koechlin, Patricia von Falkenstein, Thomas Strahm, Bruno Jagher, Daniela Stumpf

**3. Anzug betreffend Wohnflächensuffizienz**

15.5067.01

Der Begriff Suffizienz steht für das Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch. Suffizienz im Sinn von Beschränkung ist eine Strategie, den ökologischen Fussabdruck pro Person zu reduzieren. Eine der wichtigsten Einflussgrössen im Bereich der Suffizienz ist der Wohnflächenverbrauch pro Person. In Basel stieg die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 1980 mit 36 m<sup>2</sup> auf derzeit ca. 42 m<sup>2</sup>.

Grosszügige Wohnungen mit viel Fläche werden als ein wichtiges Verkaufsargument betrachtet. Unterstützt wird der wachsende Wohnflächenverbrauch aber auch durch eine immer kleinere Belegungsdichte: Während früher die Faustregel "eine Person pro Zimmer" zutrifft, ist heute eine deutlich geringere Belegung die Regel.

Dem entgegen steht die Aussage aus der Nachanalyse zur kantonalen Abstimmung bezüglich Stadtentwicklung Ost, in welcher die gfs.bern auf Seite 3 schreibt "Mehrheiten würden zugunsten von Grünflächen auf Wohnfläche verzichten und wünschen sich einen Blick ins Grüne." Gemäss Analyse finden sich Mehrheiten, die sich vorstellen können, zu Gunsten des Erhalts von Grünflächen auf Wohnfläche zu verzichten.

Im Auftrag des Bundesrats hat eine Arbeitsgruppe den Bericht "Wohnungspolitische Dialog Bund, Kantone und Städte" (2. Dezember 2014) verfasst. Darin enthalten sind Empfehlungen, die unbedingt zu prüfen sind.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, folgende Fragen und Anliegen zu prüfen und dazu zu berichten:

- Wie stellt sich der Regierungsrat zum Ansatz der Suffizienz im Bereich des Wohnflächenverbrauchs?
- Welche Anreize möglich sind, um den aktuell sehr hohen durchschnittlichen Flächenverbrauch für Wohnzwecke zu senken.
- Inwieweit, wie von der Arbeitsgruppe des Bundes angeregt, in der Nutzungsplanung für geeignete Perimeter eine Mindestausnutzung vorgegeben werden könnte, welche nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Erneuerungen bzw. Ersatzneubauten einzuhalten ist.
- Wie das Wohnen in Verdichtungsgebieten für breite Bevölkerungskreise attraktiv gemacht werden kann, z.B. indem Investoren und Planungsfachleute, Gebäudekonzepte und Raumprogramme entwickeln, die den vielschichtigen Wohnbedürfnissen gerecht werden.
- Ob in Verdichtungsgebieten, wie vom Bundesamt für Wohnungswesen angeregt, die Ausrichtung von Subjekthilfen und / oder bei Aufzonungen die Festlegung eines Mindestanteils von preisgünstigen Wohnungen verhindern kann, dass durch Verdichtung einkommensschwache Bevölkerungsteile verdrängt werden. Und in der Folge auch unerwünschte Veränderungen der Quartierstrukturen vermieden werden können, weshalb entsprechende Bestrebungen häufig auf Ablehnung stossen.
- Welche Unterstützungsmaßnahmen kommunikativer, organisatorischer oder finanzieller Art ergriffen werden können, um vorwiegend älteren Personen, denen eine zu grosse Wohnung oder ein Einfamilienhaus zur Last wird, den Umzug in kleinere Wohnungen zu erleichtern und attraktiv zu machen? Gleichzeitig besteht mit diesen Wohnungen grosses Potenzial für eine effizientere Flächennutzung.

Thomas Grossenbacher, Mirjam Ballmer, Anita Lachenmeier-Thüring, Heidi Mück, René Brigger, Patrizia Bernasconi, Urs Müller-Walz, Martin Lüchinger, Michael Wüthrich, Aeneas Wanner

**4. Anzug betreffend Publikation von Radarfallen**

15.5068.01

Die baselstädtische Polizei betont, dass es ihr bei der Aufstellung semimobiler Radarfallen nicht um das Erzielen möglichst hoher Busseneinnahmen, sondern rein um das Erreichen grösstmöglicher Verkehrssicherheit und bestmöglicher Unfallvermeidung geht. Das Ziel ist es also, Orte mit hohem Unfallrisiko durch das Aufstellen semimobiler Radarfallen so abzusichern, dass möglichst viele Verkehrsteilnehmer die angeordnete Höchstgeschwindigkeit einhalten. Wer weiss oder wissen kann, dass eine Radarfalle an einem bestimmten Ort aufgestellt ist, wird genau dies tun, nämlich die Geschwindigkeitsvorschriften auf jeden Fall beachten. Die Kantonspolizei St. Gallen publiziert aus dieser Einsicht jeweils auf Facebook und im Internet, wo semimobile Radarfallen aufgestellt sind. Die Publikation erfolgt wöchentlich und nicht punkt-, sondern strassengenau. Ein echter Beweis, dass es der St. Galler Polizei effektiv um das Erreichen grösstmöglicher Verkehrssicherheit geht.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat darum, im Kanton Basel-Stadt auf dieselbe Weise die Standorte semimobiler Radarfallen auf dem Internet und mit anderen öffentlichen Publikationsmitteln zu veröffentlichen.

Felix Meier, Remo Gallacchi, Pasqualine Gallacchi, Andreas Zappalà, Christophe Haller, Peter Bochsler, Heinrich Ueberwasser, Conradin Cramer, Ernst Mutschler, Luca Urgese, Stephan Mumenthaler, Eduard Rutschmann, Felix W. Eymann, Raoul I. Furlano, Roland Lindner, Rolf von Aarburg, Andreas Ungricht, Helen Schai-Zigerlig, Toni Casagrande

**5. Anzug betreffend eidgenössischer Finanzausgleich – Geberkantone stärken**

15.5071.01

Der eidgenössische Finanzausgleich hat zum Ziel, strukturschwache Kantone durch die Umverteilung von Steuereinnahmen zu stärken. Trotz dem im Grundsatz unbestrittenen Ziel ist der aktuelle Finanzausgleich in letzter Zeit stark in die Kritik geraten.

Die Budgets gewisser Kantone werden zum Teil bis zu 40% durch den Finanzausgleich bestritten. Hinzu kommen weitere direkte und indirekte Zahlungen/Bevorzugungen des Bundes an die strukturschwächeren Kantone (z.B. Landwirtschaftssubventionen, Militärstandorte, Wasserzinsen, Wirtschaftsförderung, etc.). Gesamthaft ist eine riesige Umverteilungs-Maschinerie entstanden, welche die urbanen Gebiete massiv zur Kasse bittet.

Die Gewissheit der Nehmerkantone in der Mehrheit zu sein, ist für deren Gesprächsbereitschaft und die Bereitschaft dieser Kantone, sich finanziell zu verbessern nicht gerade förderlich. Verschiedene Kantonsregierungen und -Parlamente von Geberkantonen empfinden den eidgenössischen Solidaritätsgedanken deshalb massiv missbraucht. In gewissen Kantonen steht ein Zahlungsboykott zur Debatte, bzw. wurde dieser gar beschlossen.

Die beiden Basler Kantone gehören ebenfalls zu den Geberkantonen. Sie bezahlen jährlich ca. 100 Mio. Franken in den Finanzausgleich. Aufgrund der aktuellen Mechanik ist zu erwarten, dass dieser Betrag in den nächsten Jahren sogar deutlich ansteigen wird. Gleichzeitig müssen in beiden Kantonen schmerzhaft Sparprogramme umgesetzt werden. Auch aus Sicht der beiden Basel ist deshalb der eidgenössische Finanzausgleich dringlich zu hinterfragen. Dazu braucht es endlich die Gesprächsbereitschaft der Nehmerkantone, welche diese bis jetzt hartnäckig verweigern.

In diesem Zusammenhang wird die Regierung gebeten zu prüfen und zu berichten, mittels welcher Massnahmen die Gesprächsbereitschaft der Nehmerkantone zu einer substantiellen Revision des eidgenössischen Finanzausgleichs erhöht werden könnte.

Ein gleich lautender Vorstoss wird im Landrat des Kantons Basellandschaft eingereicht.

Christophe Haller, Andreas Zappalà, Otto Schmid, Patricia von Falkenstein, Mirjam Ballmer, Andrea Knellwolf, Michel Rusterholtz, Dieter Werthemann

**6. Anzug betreffend Schaffung eines Wiedereinsteigerinnen-Programms für Ärztinnen**

15.5072.01

In den nächsten Jahren zeichnet sich ein Mangel an Ärztinnen und Ärzten, vor allem in Spitälern und in Hausarztpraxen ab. Pensionierungen und die erschwerten Rekrutierungsmöglichkeiten im Ausland sind die Ursachen dafür. Bereits haben verschiedene Universitäten mit Medizinischen Fakultäten die Anzahl der Ausbildungsplätze für Humanmedizin erhöht, so auch Basel. Der Erfolg dieser Massnahme wird sich aber erst in einigen Jahren, nach Abschluss der Aus- und Weiterbildungszeit der heutigen Studierenden einstellen.

Bisher noch nicht in Betracht gezogen wurde die Möglichkeit, ausgebildete Ärztinnen, die aus familiären oder anderen Gründen den Beruf nicht mehr ausüben, für einen Wiedereinstieg zu gewinnen. Mit geeigneten Programmen müsste es möglich sein, Ärztinnen auf die Aufnahme einer Tätigkeit in einer Klinik oder in einer Hausarztpraxis vorzubereiten. Eine solche Aktivität dient Spitälern, da deren Rekrutierungsbasis im Ausland in Zukunft eingeschränkt werden dürfte und der Hausarztmedizin.

Es braucht dazu Partner: Das Universitätsspital und weitere Kliniken müssten mitwirken, ebenso geeignete Privatpraxen von Hausärztinnen und -Ärzten, die Medizinische Fakultät der Universität Basel und die zuständigen Stellen der Kantonalen Verwaltung im Gesundheits- und Erziehungsdepartement. Mitwirken könnte auch die Medizinische Gesellschaft mit ihren Fachgruppen.

Es müsste möglich sein, auf die Interessentinnen zugeschnittene Programme zu entwerfen und dies mit überschaubarem Aufwand. Analog zu Weiterbildungen in anderen Berufen, könnte auch eine finanzielle Mitbeteiligung der Absolventinnen gefordert werden.

Da sich die Mangellage nicht auf den Kanton Basel-Stadt beschränkt, wäre es auch sinnvoll, wenn die zuständigen Verantwortlichen im Kanton Basel-Stadt eine Koordination mit dem Bund und anderen Kantonen vornehmen würden. Dieses Projekt müsste Teil der Planung des Bundes werden, die Anzahl der aktiven Humanmedizinerinnen und -mediziner in den nächsten Jahren zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- Wie vom Kanton Basel-Stadt die Initiative für ein Wiedereinsteigerinnen-Programm für Spital- und Hausärztinnen ergriffen werden kann;
- Ob Spitäler und geeignete Privatpraxen für eine diesem Ziel dienende Zusammenarbeit gewonnen werden können, evtl. durch einen entsprechenden Leistungsauftrag;
- Wie und zu welchen Bedingungen die Medizinische Fakultät der Universität Basel beteiligt werden kann;
- Wie ein solches Programm gestaltet werden kann, damit der angestrebte Nutzen für die Ärztinnen, die Spitäler und die Hausarztpraxen möglichst bald eintreten kann;
- Wie eine Integration dieser Massnahme ins Programm des Bundes, die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte zu erhöhen, erfolgen könnte.

- Wie dieses Programm finanziert werden kann  
Felix W. Eymann, Raoul I. Furlano, Thomas Müry, André Auderset, Michael Koechlin, Thomas Strahm, Patricia von Falkenstein, Conradin Cramer, Heiner Vischer, Christine Wirz-von Planta

## Interpellationen

### 1. Interpellation Nr. 13 betreffend gefährdet Regierungsratsentscheid den Bestand der Polizei?

15.5059.01

Der Regierungsrat hat am 13. Januar 2015 in einem nicht publizierten Beschluss die seit 1. Januar 2001 bestehende Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei Basel-Stadt gestrichen. Begründet wird dies mit der jüngst erfolgten „Systempflege“ des baselstädtischen Lohnsystems.

Tatsächlich trägt die erwähnte Systempflege den anspruchsvollen und vielfältigen Aufgaben der Polizistinnen und Polizisten Rechnung. Diese Systempflege hatte aber lediglich die Aufgabe, innerhalb der kantonalen Verwaltung das Lohngefüge an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Kein Element der Systempflege war und ist der Vergleich mit dem „Marktumfeld“, also im Vergleich zu den benachbarten Kantonen. Die Arbeitsmarktzulage wurde aber seinerzeit genau aufgrund dieses Vergleichs eingeführt – weil Mitarbeitende des basel-städtischen Polizeikorps im Vergleich zu den gleichen Funktionen in Nachbarkantonen in vielen Fällen deutlich schlechter entlohnt worden waren und deshalb einer verstärkten Abwanderung von in Basel-Stadt ausgebildeten Polizeikräften vermieden werden sollte.

Der jetzt vom Regierungsrat getroffene Entscheid konterkariert die seinerzeitigen Bemühungen und ist deshalb unverständlich. Zu bedenken ist auch, dass die Vollkosten für die Ausbildung einer Polizistin oder eines Polizisten bei rund einer Viertelmillion Franken liegen. Eine durch den Verzicht auf die Arbeitsmarktzulage eingesparte Million wäre also bereits durch den Wechsel von vier Korpsangehörigen etwa in den Kanton Basel-Landschaft wieder „kompensiert“.

Dazu kommt, dass der Streichungsentscheid auch eine nicht zu unterschätzende psychologische Wirkung entfaltet. Auch nach der Systempflege verbleibt rund die Hälfte der Polizisten/innen in der gleichen Lohnklasse und ist bei Abschaffung der Arbeitsmarktzulage deshalb benachteiligt. Aber auch bei der anderen Hälfte, die in der Lohnklasse steigt, ist die ganze Gruppe der „Gefreiten“ benachteiligt, weil deren Löhne wegen der Abschaffung der AMZ gleich hoch sind wie vorher, und gerade auf dieser Stufe ist die Abwanderung in andere Korps besonders ausgeprägt. Der Streichungsentscheid kann überdies leicht als ein Zeichen mangelnder Anerkennung des Polizeiberufs verstanden werden.

Es stellen sich deshalb die folgenden Fragen:

1. Welche Überlegungen veranlassten den Regierungsrat, die Arbeitsmarktzulage zu streichen?
2. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Lohnunterschiede, welche seinerzeit für die Einführung der Arbeitsmarktzulage massgebend waren, heute nicht mehr bestehen?
3. Wie hoch gewichtet der Regierungsrat die Gefahr, dass die Streichung der Zulage zu Abgängen im basel-städtischen Polizeikorps führt?
4. Zur Zeit wird aufgrund entsprechender Grossratsbeschlüsse angestrebt, das Polizeikorps personell zu verstärken. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Streichung der Arbeitsmarktzulage die Attraktivität des Polizeiberufs in Basel massiv verschlechtert und damit die aktuellen Rekrutierungsbestrebungen erschwert?
5. Versteht der Regierungsrat, dass der Streichungsentscheid von den Betroffenen als ein Zeichen mangelnder Anerkennung verstanden wird?
6. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, auf seinen Streichungsentscheid zurückzukommen?

André Auderset

### 2. Interpellation Nr. 14 betreffend streichen der Fachstelle Gleichstellung für Menschen mit Behinderung

15.5060.01

Mit dem Entlastungspaket 2015 - 2017 hat die Regierung entschieden, die Fachstelle Gleichstellung für Menschen mit Behinderung zu streichen. Dieser Entscheid zum aktuellen Zeitpunkt ist schlicht unverständlich und gegen jegliche Trends, die bei etwas genauerem Hinsehen eigentlich auffallen müssten. So hat die Schweiz im April 2014 die UNO-Behindertenrechtskonvention ratifiziert - nota bene nicht als Vorreiterin sondern als 143. Staat. Zudem lanciert BR Alain Berset dieses Jahr einen Vorstoss für eine koordinierte nationale Behindertengleichstellungspolitik im Wissen um den Rückstand der Schweiz in der Behindertengleichstellung gegenüber anderen Ländern in Europa.

Entgegen der Meinung der Regierung ist die Behindertengleichstellung nicht Aufgabe sondern Vorgabe für die Dienststellen in den Fachdepartementen. Es sind nicht bloss Fragen wie beispielsweise des Bauens oder der Integration im Rahmen der Schule, es sind planende und koordinierende Aufgaben. Diese sollten jedoch Aufgabe der Fachstelle bleiben, wie sie dies seit über zehn Jahren leistet. Das Argument, dass Fachdepartemente Gleichstellungsaufgaben in Eigenverantwortung wahrnehmen würden, ist als allgemeine Aussage nicht richtig. Zudem ist das Thema Behinderung ein integraler Bestandteil der Diversity-Thematik und gehört daher neben Gender, Migration, Generation und Religion zwingend zu den Gleichstellungs- resp. Antidiskriminierungsaufgaben der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung („Basel zeigt Haltung“).

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Teilt die Regierung die Meinung des Interpellanten, dass Behinderung ein zwingendes Diversity-Thema ist?
- Weshalb trifft die Streichung von Ressourcen nur die Fachstelle Behindertengleichstellung und nicht andere Fachbereiche?
- Gab es Bemühungen, einen vergleichbaren Sparbetrag über Stellenprozente und Sachbudgets oder gar unbesetzte Stellen einzusparen?

Georg Mattmüller

### 3. Interpellation Nr. 15 betreffend Verlust von Paul Gauguins Meisterwerk "Nafea"

15.5061.01

Zum Verlust von Paul Gauguins Meisterwerk "Nafea" und anderer Schätze aus der Staechelin'schen Familienstiftung für das Kunstmuseum und die Kunst-Region Basel, zur Frage des offenbar glücklosen Verhaltens zuständiger Stellen, sowie zur Bedeutung, Chance und möglicher unterstützender Massnahmen des Kantons Basel-Stadt für die angekündigte Erweiterung der Fondation Beyeler in Riehen:

Warum?

Wie weiter?

Heinrich Ueberwasser

### 4. Interpellation Nr. 16 betreffend aufgezwungene Frühpensionierungen

15.5062.01

Heute kommt es vor, dass Personen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, zur Frühpensionierung gezwungen werden, auch wenn sie weiterarbeiten möchten. Sie erhalten dann nur eine gekürzte Altersrente, ihr angespartes Alterskapital wird ausgehöhlt, um die Leistungen von Sozialversicherungen oder Sozialhilfe zu schonen.

Die Betroffenen bekommen anstelle der Leistungen eine gekürzte Rente, selbst wenn sie wieder eine Anstellung finden. Finden entlassene ältere Arbeitnehmer keine Arbeit mehr, müssen sie die gekürzte Rente an die Arbeitslosenansprüche anrechnen lassen. Diese Praxis ist nicht nur sozial problematisch und diskriminierend, weil die Betroffenen ihr Rentenskapital opfern müssen, damit der Staat ihre Leistungsansprüche nicht befriedigen muss. Sie widerspricht auch diametral dem Anliegen, die Nachfrage nach Arbeitskräften mit in der Schweiz einheimischen Personen zu befriedigen.

Ich bitte den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wird die Praxis aufgezwungener Frühpensionierungen auch in Basel-Stadt gepflegt?
2. Welche staatlichen Stellen können solche Frühpensionierungen verfügen?
3. Auf welcher Rechtsgrundlage geschieht dies, und welche Sozialleistungen werden dadurch vermieden?
4. Wie gross ist die Zahl der Betroffenen und welche Leistungen (Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung, IV usw.) werden genau vermieden?
5. Wie hoch sind die geschätzten Leistungen in Franken pro betroffene Person, die der Staat bzw. der Versicherungszweig einspart?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Praxis angesichts der geltend gemachten Knappheit an Arbeitskräften auf dem Platz Basel-Stadt?
7. Fasst der Regierungsrat Massnahmen ins Auge, um die älteren Arbeitslosen vermehrt bis zum ordentlichen Rentenalter zu beschäftigen und wenn ja welche?

Rudolf Rechsteiner

### 5. Interpellation Nr. 17 betreffend warum wurde Pegida-Demo in Basel verboten?

15.5063.01

Wenn die Wahrheit nicht mehr gesagt werden darf, dann steht es schlecht - sogar sehr schlecht - um unsere Demokratie. Ich wurde von sehr, sehr vielen Bürgern angesprochen, dass man eine Demo nicht verbieten darf. Dass es eine Frechheit ist, was sich hier Basel erlaubt. Auch in vielen Zeitungsberichten bekam ich viel Zustimmung. In der BZ vom 6. Februar 2015 steht u.a. halbseitig: „Trotz der Erläuterungen der Polizei bleibt ein Unbehagen bestehen,

dass linke Kreise um BastA-Grossrat Urs Müller gegen die OSZE mit anschliessenden Ausschreitungen auf die Strasse gehen durften, Eric Weber gegen die Islamisierung des Abendlandes aber nicht."

Das Nichtbewilligen einer Demonstration gegen die Überfremdung, mit dem Vorwand, es bestehe eine konkrete Gefahr für die öffentliche Ordnung, ist all zu billig. Ein mögliches Gefahrenpotential ist längst bekannt und ohne ersichtliche Gegenmassnahmen geblieben. Die Nichtbewilligung ist eine grobe Missachtung der verfassungsmässig garantierten Gleichberechtigung.

1. Wie viele Demos wurden in den letzten beiden Jahren genehmigt?
2. Wie viele Demos wurden in den letzten fünf Jahren verboten?
3. Kann Eric Weber eine neue Demo beantragen?
4. Die Polizei schreibt in Ihrer Ablehnung: „Der Kantonspolizei Basel-Stadt liegen Erkenntnisse vor, wonach im Zusammenhang mit der geplanten Pegida-Demonstration in Basel vom 5. Februar 2015 eine konkrete Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Kanton Basel-Stadt besteht." Welche Erkenntnisse waren dies konkret?
5. Und woher, von wem, kamen diese Erkenntnisse?

Eric Weber

**6. Interpellation Nr. 18 betreffend Reduktion von weiteren 21 Parkplätzen in der Wettsteinallee**

15.5073.01

Die Wettsteinallee soll umgestaltet und 21 Parkplätze reduziert werden. Das ist nicht die erste grosse Parkplatzreduktion im Quartier. Erst letzten Herbst wurden an der Riehenstrasse ca. 20 Parkplätze aufgehoben. Dazu kommt, dass die geplante Wohnbebauung am Riechenring 3 mit ca. 40 Wohnungen ganz ohne Parkplätze erstellt werden soll.

Der Parkplatzdruck war im Quartier aufgrund der Nähe zur Messe und zu den Arbeitsplätzen der F. Hoffmann-La Roche schon immer prekär. Die neuen Tageskarten für die blaue Zone und die Verdrängung des Verkehrs aus der Innenstadt an die Ränder, macht die Situation nicht einfacher. Die Anwohner fürchten eine weitere Zunahme des Suchverkehrs und haben selber trotz Anwohnerparkkarten grösste Schwierigkeiten einen Parkplatz in der Nähe zu finden.

In diesem Zusammenhang ersucht der Interpellant den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie schätzt der Regierungsrat die Parkplatz-Situation im Wettsteinquartier ein?
- Kann der Regierungsrat durch konkrete Zahlen (Verkehrsstudien, Anzahl eingelöster Fahrzeuge etc.) belegen, welche Auswirkungen die geplante Parkplatzreduktion für das Quartier hat?
- Gibt es eine Statistik, welche Anzahl Parkplätze heute im Wettsteinquartier auf Parkfeldern der blauen Zonen zur Verfügung stehen und wie sich diese Anzahl im Verhältnis zu den bezahlten Anwohnerparkkarten, den Gewerbekarten und den ausgegebenen Tageskarten darstellt?
- Im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung wurden die Anwohner motiviert, Anwohnerparkkarten zu erwerben. Dem Interpellanten ist auch bewusst, dass eine solche Karte keinen Anspruch auf einen garantierten Parkplatz im Quartier gibt. Wieso hält es der Regierungsrat für angebracht, die Anzahl der blauen Parkplätze trotz der absehbaren steigenden Nachfrage im Quartier zu reduzieren? Und teilt der Regierungsrat nicht die Ansicht des Interpellanten, dass eine solche Parkplatzreduktion im Widerspruch zur Parkraumbewirtschaftung steht?
- Welche Kosten löst die Umgestaltung der Wettsteinallee aus?
- Teilt der Regierungsrat nicht die Ansicht des Interpellanten, dass es im Rahmen einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik angebracht wäre, sich auf die Belagssanierung und Leitungserneuerung zu beschränken und die nur der Verschönerung dienenden Umgestaltungen zu verzichten oder wenigstens zu verschieben?

Mark Eichner

**7. Interpellation Nr. 19 betreffend warum muss unsere Polizei noch immer wie in der Steinzeit arbeiten?**

15.5125.01

Als vermutlich einzige Polizei der Schweiz sind die Einsatzfahrzeuge des Kantons Basel-Stadt offenbar nicht mit Navigationsgeräten ausgerüstet.

Viele Polizeiposten wurden im Zusammenhang mit Optima geschlossen. Offensichtlich will der Regierungsrat nun weitere Polizeiwachen schliessen. Somit gehen den Polizisten, wie dazumal bei Optima, Quartierkenntnisse und der wichtige Kontakt zur Bevölkerung weiter verloren.

Dieser Missstand verschafft unseren Polizisten einen entscheidenden Nachteil im Kampf gegen das Verbrechen. Es sollten doch wirklich alle daran interessiert sein, Verbrechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen zu können, genauso wie Hilfeleistungen anderer Art. Jeder kann davon betroffen sein. Aus diesen Gründen kann ich

nicht verstehen, dass unsere Kriminal- und Kantonspolizei mit der Anschaffung von wichtigen Hilfsmitteln wie damals der Internetzugriff, immer den anderen Kantonen hinterherhinken. In unserem Nachbarkanton Basel-Land sind alle Dienstfahrzeuge der Polizei mit fest installierten Navigationsgeräten der neusten Generation ausgerüstet.

Aufgrund dieser Tatsachen stellen sich mir folgende Fragen, um deren Beantwortung ich den Regierungsrat ersuche.

1. Auf was für Gründe ist es zurückzuführen, dass die Dienstfahrzeuge unserer Polizei nicht mit Navigationsgeräten ausgerüstet sind?
2. Gedenkt der Regierungsrat die Dienstfahrzeuge der Polizei und der Kripo in naher Zukunft damit auszurüsten?
3. Werden Fahrzeug-Neuanschaffungen mit Navigationsgeräten ausgerüstet sein?  
Eduard Rutschmann

#### 8. Interpellation Nr. 20 betreffend Nachtleben als Standortfaktor für Basel

15.5126.01
------------

Die beiden international bekannten Clubs Nordstern und Hinterhof müssen ihre aktuellen Lokalitäten verlassen, da die Zwischennutzungen auslaufen und die Eigentümer die Räume anderweitig nutzen wollen. Beide Unternehmen haben bisher keine Anschlusslösung für einen Standort in Basel gefunden. Nordsternbetreiber Agrun Isaku liebäugelte deshalb in der Basellandschaftlichen Zeitung vom 14.02.2015 mit einem Umzug nach Zürich. Die beiden Beispiele werden als symptomatisch für die mangelnde Anerkennung der Basler Clubkultur betrachtet und haben in den Medien ein grosses Echo ausgelöst.

Zwischennutzungen, das Nachtleben und die Clubszene leben von ihrer Kreativität. Sie können und dürfen nicht verstaatlicht werden. Sie werden aber ständig mit dem Staat konfrontiert, z.B. bei Lärmklagen, über das Bewilligungswesen, wenn sie in staatlichen Liegenschaften untergebracht sind oder Allmend nutzen wollen.

Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre kommt der Eindruck auf, dass der Stellenwert des Nachtlebens in Basel bisher zu wenig erkannt wird und die administrativen Hürden trotz verschiedener Interventionen weiterhin teilweise hoch sind. Beispiele dafür werden im Interview mit Kaschemme-Mitgründer Eres Oron in der Tageswoche online vom 26.2.2015 genannt.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass ein lebendiges und vielfältiges Nachtleben ein Standortfaktor für Basel darstellt? Bekennt sich der Regierungsrat dazu, neben dem Ruhebedürfnis von Anwohnenden auch das Bedürfnis eines Teils der Bevölkerung ein aktives Kultur- und Nachtleben zu pflegen, zu unterstützen?
2. Hat der Regierungsrat erwogen, Hinterhof und Nordstern bei der Suche nach einer permanenten Bleibe als Nachfolgelösung zu den jetzigen Untermieten bei IWB und IBS zu unterstützen? Wie kann die Clubkultur in die Basler Stadtplanung integriert werden?
3. Der Regierungsrat hat in der Beantwortung der Vorstösse betreffend Motivation und Instrument zur Vereinfachung von Zwischennutzungen (09.5184.04) am 14.02.2014 einen Rahmenkredit von Fr. 50'000 für die administrative Unterstützung bei Baubeglehen für Zwischennutzungsvorhaben zugesichert. Steht dieser Kredit zur Verfügung? Welche Unterstützungen konnten damit bereits geleistet werden?
4. Stimmt es, dass in einem Lokal mit Platz für über 100 Personen ein Blitzableiter eingebaut werden muss, bei kleineren Lokalen jedoch nicht? Wenn ja, wie kann diese Regel erklärt werden?
5. Stimmt es, dass aufgrund einer neuen Musikanlage ein Club erneut ein Lärmgutachten machen muss, obwohl die Lautstärkengrenze und Schallschutzmassnahmen dieselben bleiben? Wenn ja, wie kann dies begründet werden?
6. Ist der Regierungsrat bereit, den Vorschriftenkatalog auf unnötige Regelungen hin zu prüfen und solche zu streichen?

Mirjam Ballmer

#### 9. Interpellation Nr. 21 betreffend Lohnvergleich Kantonspolizei Basel-Stadt mit den anderen Polizeikörpern der Region

15.5127.01
------------

Der Regierungsrat hat am 3. März 2015 entschieden, dass die Arbeitsmarktzulage für die Kantonspolizei Basel-Stadt definitiv gestrichen bleibt. Der Polizeisprecher, Andreas Knuchel, begründete im Telebasel diesen Entscheid u.a. damit, dass die Lohnsumme der Kantonspolizei insgesamt gestiegen sei und die Unterschiede zu den Polizistenlöhnen in anderen Kantonen nicht mehr gross seien. Gleichzeitig gibt er aber auch zu, dass weiterhin Unterschiede in der Entlohnung bestehen.

Die Kantonspolizei Basel-Stadt, welche aufgrund des Personalmangels regelmässig Werbekampagnen für die Anwerbung neuer Polizistinnen und Polizisten lanciert und auch die Eintrittshürden im Vergleich zu anderen Korps massiv gesenkt hat, muss zwingend ein attraktiver Arbeitgeber bleiben. Deshalb sind Lohnunterschiede unbedingt zu vermeiden, da derzeit offensichtlich noch immer die Tendenz besteht, dass Polizistinnen und Polizisten nach der Ausbildung in die Korps umliegender Kantone wechseln.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viel ein Polizist in seinem ersten Berufsjahr nach der Polizeischule brutto inkl. allen Zulagen und dem 13. Monatslohn monatlich im Kanton Basel-Stadt verdient?
2. Wie viel ein Polizist in seinem ersten Berufsjahr nach der Polizeischule brutto inkl. 13. Monatslohn ohne Zulagen monatlich im Kanton Basel-Stadt verdient?
3. Wie viel ein Polizist nach fünf Berufsjahren im Range eines Korporals brutto inkl. allen Zulagen und dem 13. Monatslohn monatlich im Kanton Basel-Stadt verdient?
4. Wie viel ein Polizist nach fünf Berufsjahren im Range eines Korporals brutto inkl. 13. Monatslohn ohne Zulagen monatlich im Kanton Basel-Stadt verdient?
5. Basierend auf den Antworten zu Fragen 1 bis 4 bitte ich um eine Aufstellung und einen 1:1-Vergleich mit den Löhnen von Polizistinnen und Polizisten der Kantonspolizei Basel-Landschaft, Kantonspolizei Aargau, Solothurn und Luzern.  
Joël Thüring

#### 10. Interpellation Nr. 22 betreffend Hafententwicklung

15.5128.01
------------

Am 25. Februar kommunizierten die Terminalbetreiberin Swissterminal AG und die privaten Reedereien Ultra-Brag AG und Danser Switzerland AG, dass sie im Hafen Weil am Rhein eine neue trimodale Terminalanlage realisieren wollen. Als Grund nannten sie, dass 2029 nach dem Willen der Stadt Basel das Westquai (Hafenbecken 1) der Stadtentwicklung weichen soll. Davon betroffen sei insbesondere die Swissterminal AG, die heute auf dem Westquai eine Terminalanlage betreibt. „Wir haben uns daraufhin auf die Suche nach einem Alternativstandort gemacht und sind überzeugt, in Weil am Rhein den geeigneten Standort gefunden zu haben.“ wird Roman Mayer, CEO von Swissterminal AG, in verschiedenen Medien zitiert. „Mit Ultra-Brag AG und Danser Switzerland AG sind zudem zwei bedeutende Akteure in den Schweizerischen Rheinhäfen als Partner mit ins Boot gestiegen, was unserem Unterfangen starken Auftrieb gibt.“

Bisherige Verlautbarungen der Regierung zeichnen jeweils das Bild, dass der Hafen weg wolle und man deshalb die Chance hat die Brache für die Stadtentwicklung zu nutzen. Aufgrund der Medienmitteilung der Hafenunternehmen ergibt sich ein anderer Eindruck: Der Kanton will die Rheinfront für teures Wohnen und „höherwertige Arbeitsnutzungen“ freimachen und ist bereit dafür den Hafen gegen den Willen der betroffenen Unternehmen zu verkleinern, zu verschieben oder ins Ausland zu verdrängen. Die Medienmitteilung deutet zudem an, dass sich das geplante Hafenbecken 3 aus Sicht der Absender nicht dafür eignet, um den Hafentbetrieb sicher zu stellen.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, der Regierung folgende Fragen zu stellen:

1. Wann wurde vom Regierungsrat beschlossen, den Baurechtsvertrag mit den Schweizerischen Rheinhäfen für den Westquai nicht über 2029 hinaus zu verlängern? Bzw. falls der Beschluss noch nicht gefallen ist: Wann wird er gefällt?
2. Wurden oder werden vor dem Entscheid neben den Schweizerischen Rheinhäfen auch die auf dem Areal tätigen Unternehmen, deren Arbeitnehmervertretungen sowie weitere betroffene Akteure wie z.B. Quartiervereine einbezogen?
3. Die „Huhn oder Ei-Frage“: Will der Hafen (Schweizerische Rheinhäfen und Hafentfirmen) weg und ermöglicht damit die Umnutzung des Areals oder muss der Hafen weg, weil die Stadtentwicklung das so will?
4. Wurden neben den Schweizerischen Rheinhäfen auch die auf dem Areal tätigen Unternehmen in die Planung und in den Entscheid ein Hafenbecken 3 beim ehemaligen DB-Güterbahnhof als Ersatzstandort auszuarbeiten einbezogen?
5. Wurden bis jetzt und/oder werden in Zukunft neben den Schweizerischen Rheinhäfen auch die auf dem Areal tätigen Unternehmen in die laufende Planung am Hafenbecken 3 einbezogen?
6. Werden die Bedenken der Swissterminal AG und der privaten Reedereien Ultra-Brag AG und Danser Switzerland AG und allfälliger weiterer Akteure in die Hafententwicklung einbezogen und die Pläne entsprechend geändert?
7. Würde der Baurechtsvertrag für den Westquai verlängert, wenn sich das geplante Hafenbecken 3 als ungeeignet, zu klein oder nicht umsetzbar (technisch, finanziell, rechtlich oder politisch) herausstellt?
8. Vertreten die Schweizerischen Rheinhäfen im Zusammenhang mit der Hafententwicklung die Position der Kantonsregierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft, oder jene der am Hafen tätigen Unternehmen?  
Heidi Mück

#### 11. Interpellation Nr. 23 betreffend Allschwiler Verkehr in Basel?

15.5129.01
------------

Ab März 2015 bis Ende Jahr 2016 sind umfangreiche Baumassnahmen in der Oberwilerstrasse, Allschwil, vom Dorfplatz bis Himmelrichweg vorgesehen. Aufgrund des grossen Eingriffs in den Strassenraum erachtet es die Nachbargemeinde für unumgänglich, dass die Oberwilerstrasse im Baustellenbereich für den Durchgangsverkehr gesperrt wird.



Der von Oberwil herkommende Transitverkehr wird während der gesamten Bauzeit via Herrenweg auf die Binningerstrasse/Neuweilerstrasse, d.h. zur Endhaltestelle des Tram 8 im Neubadquartier umgeleitet. Dabei handelt es sich um mehrere Tausend Fahrzeuge, die die Oberwilerstrasse täglich befahren. Deren Ziele im Allschwiler Bachgrabenquartier, im Elsass und in Basel Nord liegen weit ab von dieser Umleitungsrouten. Es ist zu befürchten, dass Allschwil mit der geplanten Umfahrungsrouten zumindest einen Teil des Verkehrs ins städtische Verkehrsnetz abfliessen lässt, anstatt den Verkehr auf dem eigenen Gemeindegebiet umzuleiten.

Im Zusammenhang mit diesem Vorhaben bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

- Ist zu erwarten, dass Tram und Busse durch die zusätzlichen Fahrzeuge im Herrenweg behindert werden?
- Ist davon auszugehen, dass die heute schon stark belastete Neuweilerstrasse den zusätzlichen Verkehr ohne nennenswerte Probleme aufnehmen kann?
- Wie wird verhindert, dass Schleichverkehr durch Basler Quartierstrassen fliesst?
- Welche Auswirkungen werden grossräumige Umfahrungen haben, z.B. auf den Dorenbachkreisel?
- Wurde der Kanton Basel-Stadt rechtzeitig informiert und in die Planung der Verkehrsumleitungen einbezogen?
- Mit der Achse Belchenring/Brennerstrasse wäre eine wesentlich kürzere Umleitung zur Verfügung gestanden, mit der die genannten Probleme in Basel vermieden würden. Ist dem Regierungsrat bekannt, weshalb diese Route ausgeschlossen wurde? Trifft die in der Presse genannte Begründung zu, dass es darum gegangen sei, die Anwohnenden des Ziegelei-Quartiers vor zusätzlichem Verkehr zu schonen?

Annemarie Pfeifer

## 12. Interpellation Nr. 24 betreffend der Verwendung von Währungsgewinnen der Basler Staatsbetriebe

15.5130.01
------------

Nach dem Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Januar dieses Jahres, den Euromindestkurs aufzugeben, stellt sich die Frage, inwieweit Basler Staatsbetriebe, wie IWB oder BVB von den Währungsgewinnen profitieren, bzw. wie sie diese an den Steuerzahler weitergeben werden.

Insbesondere interessiert, ob Energiepreise für z.B. Öl und Gas, durch diese neue Situation für den Konsumenten günstiger werden und somit das Gewerbe in seiner Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Firmen gestärkt werden kann. Auch bei den Basler Verkehrsbetrieben (BVB) sind Währungsgewinne in Millionenhöhe zu erwarten da diese, gemäß dem Beschluss des Grossen Rates im Jahre 2012, sechzig neue Flexity Trams aus dem Ausland erwerben.

Die Regierung wird gebeten die folgenden Fragen zu beantworten.

1. In welchen staatlichen Monopolbetrieben fallen relevante Währungsgewinne an?
2. Wie werden die Gewinne an die Steuerzahler im Kanton Basel-Stadt weiter gegeben?
3. Kann bezüglich Energiepreise mit einer Senkung gerechnet werden?
4. Wie viel kosten die neuen Flexity Trams der BVB effektiv und in welcher Höhe werden Währungsgewinne erwartet?

Pasqualine Gallacchi

## Schriftliche Anfragen

### 1. Schriftliche Anfrage betreffend Grippeerkrankung bei Menschen ohne festen Wohnsitz

15.5066.01
------------

Die Grippe hat zur Zeit epidemische Ausmasse angenommen, sehr viele Menschen sind krank. Eine Möglichkeit, sich während einer Grippeerkrankung in sein Bett zurück zu ziehen, besteht für Menschen ohne festen Wohnsitz nicht. Bei sehr kaltem, nassem Wetter und Schneetreiben sieht man – verständlicherweise - vermehrt Menschen vom Rande unserer Gesellschaft in warmen, öffentlichen Zonen, wie z.B. derjenigen der Einkaufszentren. Was, wenn sie krank sind?

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wo können Menschen (jeglicher Herkunft) ohne Wohnsitz tagsüber hin, wenn sie an Grippe erkranken?
- Besteht überhaupt eine Möglichkeit, sich tagsüber, unter der Woche und an Sonn- und Feiertagen in der Wärme aufzuhalten, sich zu pflegen und was kostet das?
- Wer bezahlt die Kosten, die entstehen, wenn Menschen ohne Wohnsitz ins Spital müssen, weil aus der Grippeerkrankung eine lebensbedrohliche Folgeerkrankung entsteht?

- Bestehen in der Stadt irgendwo „Krankenzimmer“ oder gibt es eine Vereinbarung mit dem Universitätsspital?
- Wie lange (wieviele Tage) dürfen Menschen ohne Wohnsitz irgendwo in der Stadt tagsüber Unterschlupf finden?
- Wieviele Menschen ohne Wohnsitz nehmen pro Winter solche Unterschlupfmöglichkeiten – sofern es sie gibt - in Anspruch?

Beatrice Isler

**2. Schriftliche Anfrage betreffend kritische Lage am Schweizer Landesflughafen Basel-Mulhouse**

15.5124.01

Wie kritisch ist die Lage am EuroAirport? Wieweit beeinflussen die folgenden Geschehnisse die Zukunft des Schweizer Landesflughafens Basel-Mulhouse?

1. Lufthansa wählt als ausserdeutsche Basis für die Lufthansa-Billigfluglinie Eurowings statt Basel nun Wien.
  - a. Stimmt dies?
  - b. Was bedeutet der Wegzug von Swiss für den EuroAirport?
  - c. Können/wollen Easyjet und/oder andere Anbieter einspringen?
  - d. Ist Easyjet ein Klumpenrisiko für den EuroAirport?
2. Offenbar wurden Lufthansa/Eurowings in Wien bessere Rahmenbedingungen geboten.
  - a. Wer in der Schweiz/Basel hätte hier aktiv werden können/ sollen?
  - b. Wieweit sind hier Institutionen wie Basel Area, Handelskammer u.a. beteiligt und aufgerufen, einem Mitbewerber wie Wien Paroli zu bieten?
  - c. Wie aktiv war die Basler Regierung?
  - d. Wie aktiv war der Kanton Baselland?
  - e. Wieweit sind weitere Körperschaften und deren Organe aus dem Gebiet des Trinationalen Eurodistricts Basel TEB oder dem Oberrheinraum involviert?
3. Im Linien-System/Netzwerk der Flugverbindungen der Lufthansa-Gruppe scheint Basel zum Zubringer für (andere) Hubs heruntergestuft zu werden.
  - a. Stimmt dies?
  - b. Was bedeutet das für den Basler Landesflughafen?
  - c. Ist damit die Ausrichtung auf Passagiere neue Region Alsace-Lorraine-Champagne bzw. das trinationale Oberrheingebiet und darüber hinaus beeinträchtigt?
4. Der schweizerische Flughafendirektor Jürg Rämi verlässt den EuroAirport vorzeitig und kurzfristig offenbar mit Hinweis auf persönliche Gründe.
  - a. Gab es Druck auf Herrn Rämi?
  - b. Wenn ja, von wem?
  - c. Wurde er entlassen?
  - d. Und seit wann weiss die Basler Regierung vom Rücktritt bzw. von der Entlassung von Herrn Rämi?
5. Der französische stellvertretende Flughafendirektor aus Frankreich, Vincent Devauchelle, tritt gleichzeitig zurück.
  - a. Gab es Druck auf Herrn Devauchelle?
  - b. Wenn ja, von wem?
  - c. Wurde er entlassen?
  - d. Und seit wann weiss die Basler Regierung vom Rücktritt bzw. von der Entlassung von Herrn Devauchelle?
6. Werden in beiden Fällen Abfindungen bezahlt?
7. Gibt das Freiwerden der beiden Direktorenstellen Anlass und Chance zu einer Neuausrichtung der Stellen oder eine Reorganisation des EuroAirports?
  - a. Wie und nach welchem Anforderungsprofil wird das neue Direktorium gesucht?
  - b. Ist eine Reorganisation oder ein neues Führungsmodell angedacht?
  - c. Ist dies auch ein Thema im Rahmen der Verhandlungen zwischen der Schweiz und Frankreich (Staatsvertragsverhandlungen)?
  - d. Gibt es Optimierungspotenzial am EuroAirport?
8. Muss oder wird auch die Medienverantwortliche Vivienne Gaskell gehen?

9. Wie wird der Know how-Transfer zwischen bisherigen und neuen Funktionstragenden gesichert?
10. Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Frankreich zum Flughafen scheinen trotz der Grundsatzvereinbarung von Davos offen. Während es gemäss gut informierten Kreisen aus Frankreich um die Frage der Steuern und Abgaben gehe, müsste aus schweizerischer Sicht vorab der binationale Status des Flughafens und seine Funktion als Schweizerischer Landesflughafen wie Zürich und Genf gesichert werden.
  - a. Wie ist der Stand der Verhandlungen?
  - b. Wieweit ist die Basler Regierung direkt involviert?
  - c. Wie gross sind die Chancen, dass der Flughafen Basel-Mulhouse wie bisher Schweizer Landesflughafen bleiben kann?
11. Ist die Planung und Finanzierung des Bahnanschlusses zum EuroAirport, soweit es den Kanton Basel-Stadt betrifft, von der bisherigen Steuer- und Abgabepaxis am Flughafen Basel-Mulhouse abhängig?
12. Die Swiss scheint vorwiegend aus Gründen der Sitzfrage und der Rechtsnachfolge Crossair/Swissair Arbeitsplätze in Basel zu behalten.
  - a. Stimmt dies?
  - b. Sind nach dem Abgang von Swiss und dem Nichtzustandekommen der Eurowings-Basis, evtl. auch wegen neuer französischer Regelungen am Flughafen Arbeitsplätze gefährdet?
13. Welche zusätzlichen kritischen Punkte wurden vom EuroAirport, von Frankreich, der Schweiz und insbesondere seitens dem Regierungsrat Basel-Stadt noch nicht kommuniziert?
14. Wieweit können die kritischen Punkte durch andere positive Entwicklungen am Flughafen Basel-Mulhouse kompensiert werden?

Heinrich Ueberwasser

### 3. Schriftliche Anfrage betreffend Umnutzungen

15.5134.01
------------

Am 4.3.15 erschienen im Kantonsblatt gerade zwei geplante Umnutzungen, die beim Anfragesteller Fragen auslösen:

- I. Amerbachstrasse 45, Sekt. 7, Parz. 741  
Projekt: Umnutzung Fitnessclub in Hinterhaus in Sex-Betrieb (mit bestehendem Restaurationsbetrieb)  
Bauherrschaft: Hinze Tanja, Maulbeerstrasse 61, 4058 Basel  
verantwortlich: Mereas GmbH, Maulbeerstrasse 4, 4058 Basel
- II. Hegenheimerstrasse 37, Sekt. 2, Parz. 818  
Projekt: Umnutzung von Einstellraum zu Zimmer für Sterbebegleitung  
Bauherrschaft: Habegger Rudolf, Hegenheimerstrasse 37, 4055 Basel  
verantwortlich: Bauherrschaft

Im ersten Fall ist davon auszugehen, dass von der neuen Nutzung für die Anwohnerschaft – unter Umständen erhebliche – Störungen resultieren (ähnliche Betriebe sind jedenfalls schon sehr negativ aufgefallen in der Öffentlichkeit), im zweiten Fall stellen sich v.a. Fragen bezüglich Vorschriften und Kontrolle:

1. Ad I: Welche Möglichkeiten hat die betroffene Anwohnerschaft, um potentielle Störungen fernzuhalten?
2. Ad I: Welche Rechte hat die betroffene Anwohnerschaft bezüglich Einsprachen?
3. Ad I: Wie werden die berechtigten Anliegen der Anwohnerschaft z.B. bezüglich nächtlichen Ruhestörungen, zusätzlichem Autoverkehr etc. bei der Beurteilung der Umnutzung berücksichtigt?
4. Ad II: Welche gesetzlichen Grundlagen bestehen bezüglich Sterbebegleitung?
5. Ad II: Wie wird sichergestellt, dass die bestehenden Vorschriften eingehalten werden, v.a. wenn es sich beim geplanten Betreiber der Sterbehilfe offenbar nicht um eine der bekannten, schweizweit tätigen Organisationen handelt?
6. Ad II: Hat die Anwohnerschaft Einsprachemöglichkeiten gegen eine solche Umnutzung und wenn ja, welcher Art?
7. Ad II: Gibt es Rechte der Anwohnerschaft, wenn die Umnutzung erst im Laufe der Zeit Störungen ergibt wie z.B. sehr intensive Nutzung?
8. Ad II: Wie ist es zu erklären, dass die genannte Liegenschaft offensichtlich schon seit Jahren (vgl. Artikel onlinereports vom 4.11.13 <http://www.onlinereports.ch/Politik.110+M59b3971b204.0.html> bzw. Anzug Annemarie Pfeifer 13.5473.01) als Zimmer für Sterbebegleitung genutzt wird?
9. Ad II: Wie ist es zu erklären, dass die zuständigen Behörden offenbar erst jetzt aktiv werden?

Patrick Hafner

**4. Schriftliche Anfrage betreffend Kriminaltourismus**

15.5135.01

Wie aus den Medien zu erfahren war, sind die Gefängnisse der Region Basel wegen starker Zunahme des Kriminaltourismus überlastet d.h. am Anschlag.

Dies hat zur Folge, dass die Schmerzgrenze für einen Gefängnisaufenthalt bei einem Delikt nach oben geschraubt wird und Kriminaltouristen eher wieder auf freien Fuss gesetzt werden. Somit können sie unbestraft weitere Delikte verüben.

Uns ist bekannt, dass seit dem Schengen Abkommen die Grenzen nicht mehr im gleichen Ausmass wie davor bewacht werden.

Dadurch lässt sich auch erkennen, dass die Attraktivität an unserer Region für die Kriminaltouristen massiv gestiegen ist.

Als ehemaliger Grenzwächter weiss ich, dass mit allen Schweizer Kantonen, bis auf wenige Innerschweizer Kantone, eine Polizeivereinbarung zwischen dem Kanton und dem Grenzwachkorps getroffen wurde. In dieser Vereinbarung werden polizeispezifische Aufgaben der Grenzwaiche auf dem Kantonsgebiet geregelt.

Ich ersuche den Regierungsrat abzuklären, ob die Möglichkeit besteht bei der Grenzwaiche abzuklären, ob sie auf Kosten anderer Aufgaben, verstärkt den Kriminaltourismus in unserer Region bekämpfen können.

Eduard Rutschmann

**5. Schriftliche Anfrage betreffend Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat**

15.5136.01

Vor ein paar Jahren hat das Bau- und Gastgewerbeinspektorat die Öffnungszeiten für die Planeinsicht vom Morgen (10-12 Uhr) auf den Nachmittag (14-16 Uhr) ausgedehnt. Diese Ausdehnung der Zeiten Baugesuchsunterlagen einzusehen war sinnvoll und wichtig, denn viele Betroffene und Interessierte haben nicht die Möglichkeit nur am Morgen auf das Amt zu gehen. Diese Regelung entsprach auch einem Kundenbedürfnis, denn gerade bei grösseren Bauvorhaben mit vielen Gesuchsunterlagen beansprucht die Sichtung einige Zeit.

Nun hat das Bau- und Gastgewerbeinspektorat kürzlich die Öffnungszeiten unvermittelt wieder eingeschränkt. Dies ist unverständlich und stellt eine Einschränkung der Wahrnehmung der demokratischen Rechte dar. Andere Amtsstellen im Kanton haben in den letzten Jahren die Öffnungszeiten kundenfreundlicher gestaltet und ausgedehnt. So haben beispielsweise die Bevölkerungsdienste, die Motorfahrzeugkontrolle oder das Zivilstandsamt am Nachmittag offen und einmal in der Woche sogar Langöffnungszeiten bis am Abend.

Mit der Einrichtung des Kundenzentrums im Bau- und Verkehrsdepartement können die Planunterlagen des Tiefbauamtes von morgens 08.00-12.00 Uhr und am Nachmittag von 13.30-17.00 Uhr eingesehen werden. Überdies sind all diese Gesuchsunterlagen Online übers Internet rund um die Uhr während der Planaufgabezeit abrufbar. Damit erübrigt sich ein Gang aufs Amt. Eine wirklich kundenfreundliche Lösung!

Umso unverständlicher ist die Einschränkung der Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Es ist ein Rückschritt in der Wahrnehmung der demokratischen Rechte.

Ich frage die Regierung an ob:

- Dem Regierungsrat bewusst ist, dass mit der Reduktion der Planeinsichtszeiten das Bau- und Gastgewerbeinspektorat die Amtsstelle mit der kundenunfreundlichsten Regelung ist?
- Die Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat für die Planeinsicht sofort wieder auf den Nachmittag ausgedehnt werden können?
- Einmal pro Woche eine längere Öffnungszeit bis am Abend angeboten wird damit auch „Werkstätige“ die Pläne einsehen können?
- Die Baugesuchsunterlagen, analog zu den öffentlichen Planaufgaben des Tiefbauamtes, beim Kundenzentrum zur Einsicht aufgelegt werden?
- Die Baugesuchsunterlagen ebenfalls Online ins Netz gestellt werden können?

Jörg Vitelli

**6. Schriftliche Anfrage betreffend Tagesbetreuung**

15.5137.01

Die familienergänzende Tagesbetreuung von Kindern wird im Kanton Basel-Stadt durch das Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern vom 17. September 2003 (815.100 Tagesbetreuungsgesetz), die Verordnung zum Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern vom 25. November 2008 (815.110 Tagesbetreuungs-verordnung, TBV) und die Richtlinien über die Bewilligung und Aufsicht von Tagesheimen zur familienergänzenden Betreuung von Kindern vom 01. Oktober 2008 geregelt. Bestimmend für die Qualität der familienergänzenden Tagesbetreuung von Kindern im Kanton Basel-Stadt ist §4 TBV. Dort ist folgendes festgehalten:

#### § 4. Qualität

Das zuständige Departement erlässt Richtlinien für Mindeststandards. Die Richtlinien regeln insbesondere Anforderungen an die Strukturqualität, den Betreuungsschlüssel sowie die notwendige Ausbildung für die Leitung und das Betreuungspersonal. Die verschiedenen Trägerschaften überprüfen laufend die Qualität ihrer Arbeit.

In den Richtlinien der Tagesbetreuung sind unter 3. Mindeststandards für Qualität die Mindestanforderungen an Anzahl Stellen und die Qualifikation des Personals festgehalten. Der Betreuungsschlüssel, das Verhältnis von Betreuungspersonen und Kindern ist unter 3.2.2 Betreuung geregelt. Folgende Mindeststandards sind von den Tagesheimen zwingend einzuhalten:

##### 3.2.2 Betreuung

Für 10 belegte Plätze ist mindestens eine pädagogisch ausgebildete Betreuungsperson zuständig. Kinder bis zu 18 Monaten werden 1.5-fach gezählt.

Der Einsatzplan ist so anzulegen, dass von einer Betreuungsperson (mit oder ohne pädagogische Ausbildung) maximal 5 Kinder gleichzeitig betreut werden.

Weiter definieren die Richtlinien unter 3.2.1 wie die für die Leitung nötigen Stellenprozente zu berechnen sind und in welchem Umfang administrative Fachkräfte beschäftigt werden dürfen.

##### 3.2.1 Leitung

Die Leitungsfunktion wird mit 2.5 Stellenprozent pro Platz berechnet, beträgt jedoch minimal 30%. Die Leitung steht im Umfang der Leitungsfunktion nicht für Betreuungsaufgaben zur Verfügung.

Ausserdem enthalten die Richtlinien unter 3.3 Vorgaben zu Aus- und Weiterbildung des Personals.

##### 3.3 Aus- und Weiterbildung des Personals

Fort- bzw. Weiterbildung und Supervision des pädagogisch tätigen Personals sind in angemessenem Umfang zu ermöglichen.

Folglich sind für die Betreuung der Kinder in Tagesheimen im Kanton Basel-Stadt Gruppenleitungen mit Ausbildung Fachfrau/ Fachmann Betreuung (Schwerpunkt Kinder) mit Unterstützung von weiterem pädagogischem Personal zuständig. Unter 3.3.2.2 ist in den Richtlinien folgendes festgehalten:

##### 3.3.2.2 Betreuung

Die Gruppenleitungen verfügen über eine Ausbildung als Fachfrau/ Fachmann Betreuung (Schwerpunkt Kinder) oder eine vergleichbare Ausbildung.

Zum weiteren pädagogisch tätigen Personal gehören Praktikantinnen und Praktikanten, Auszubildende, weitere Personen ohne fachspezifische Ausbildung sowie Absolventinnen und Absolventen der Vorlehre A. Diese zählen nicht zum pädagogisch ausgebildeten Personal.

Zudem wird in §32 TBV eine Mindestbelegung verlangt. Im Kommentar zur Verordnung zum Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern wird argumentiert: „Die Qualität der Betreuung ist abhängig von der Konstanz in der Kindergruppe.“ (Kommentar Tagesbetreuungsverordnung Seite 11). Verschiedene Studien zeigen, dass die Betreuungsqualität nicht nur von der Konstanz der Kindergruppe sondern gerade auch von konstanten Betreuungsverhältnissen resp. Konstanz hinsichtlich der Betreuungspersonen abhängig ist. Oft wird in den Studien der Aufbau eines Vertrauensverhältnis als Voraussetzung für eine hohe Betreuungsqualität angeführt.

Auf Grund dieser unbedingt notwendigen und detaillierten Qualitätsmindestvorgaben bezüglich geltendem Betreuungsschlüssel und Qualifikation der Betreuungspersonen, erlaube ich mir dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Wie oft und in welcher Form kontrolliert das Erziehungsdepartement die Einhaltung des in den Richtlinien unter 3.2.2 Betreuung bestimmten Betreuungsschlüssels für Tagesheime?
2. Werden die Kontrollen vor Ort angemeldet oder spontan durchgeführt, analog des Lebensmittelinspektorates?
3. Gibt es bei den grossen Anbietern von familienergänzenden Betreuungsplätzen die Bedingung einen Springerpool zu unterhalten, damit der Betreuungsschlüssel jederzeit, zum Beispiel bei Krankheit und Weiterbildungen von Mitarbeitenden, eingehalten werden kann?
4. Was versteht der Regierungsrat unter Fort- bzw. Weiterbildungen in angemessenem Umfang?
5. Bei familia werden die in den Richtlinien unter 3.3.2.2 vorgegebenen Strukturen etwas anders umgesetzt. Die Funktion der Gruppenleitung wurde abgeschafft und wird nun von allen pädagogisch qualifizierten Betreuungspersonen in corpore ausgeführt. Dadurch gibt es faktisch keine fixe Gruppenleitung mehr. Wie ist dies mit den Richtlinien zu vereinbaren?
6. Die Betreuungszeit in subventionierten Tagesheimen beträgt mindestens 40% (vier halbe Tage oder zwei ganze Tage in der Woche), in mitfinanzierten Tagesheimen 20% (zwei halbe Tage oder ein ganzer Tag in der Woche). Warum wurden diese Mindestbetreuungszeiten festgelegt?
7. Auf der andern Seite sagen die Richtlinien nichts zum Thema Kontinuität des Betreuungspersonals aus. Warum?

Kerstin Wenk

**7. Schriftliche Anfrage betreffend wo darf in Basel gebettelt werden**

15.5081.01

Mein Standplatz ist vor der Clarapost oder vor dem Clara-Coop. Immer öfter kommen Bettler und werden frech zu mir, meinen, ich solle verschwinden. Ich sage dann diesen hundsgemeinen Zigeunern, dass ich Schweizer bin und dass dies mein Platz ist. Seit 35 Jahren.

1. Wo darf überall gebettelt werden in Basel?
2. Wo darf überall "Musik" gespielt werden?
3. Für die Roma-Musik und andere Musik gibt es bestimmte Uhrzeiten. Von wann bis wann darf Musik gespielt werden? Und wie lange?
4. Warum dürfen Surprise-Verkäufer auch im Coop stehen, während Wahlkämpfer wie Eric Weber auf die Strasse verbannt werden?

Eric Weber

**8. Schriftliche Anfrage betreffend Sozialdienst der Kantonspolizei**

15.5082.01

Ich habe gelesen, dass Peter Gill 15 Jahre beim Sozialdienst der Kantonspolizei gearbeitet hat. Ich kann als Grossrat nicht alles wissen.

1. Was ist der Sozialdienst der Kantonspolizei?
2. Wie viele Leute arbeiten dort?
3. Was wird dort konkret gemacht?
4. Wäre es der Polizei möglich, zum besseren Verständnis und zum Kennenlernen, ihre Einrichtungen einmal interessierten Grossräten an einer Info-Tagung bitte vorzustellen?

Eric Weber

**9. Schriftliche Anfrage betreffend Einwanderungskanton Basel**

15.5083.01

Tausende Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern wollen jedes Jahr in unser schönes Basel. Basel ist mit dem aktuellen Asylantenstrom überfordert, viele Bürger spüren Ängste. Es wird demonstriert. Bald gibt es die Pegida auch in Basel, mit Generalsekretär Eric Weber an der Spitze.

1. Wer kommt da eigentlich zu uns? Und warum? Was sind das für Flüchtlinge? Echte oder unechte?
2. "Stoppt die Islamisierung" steht auf den Plakaten bei der Pegida-Demo. Bringen Einwanderer Islamismus zu uns nach Basel?
3. Brauchen wir Einwanderung?
4. Einwanderungswellen gibt es seit 60 Jahren. Hat das Basel verändert?
5. "Stopp: Von Zuwanderung in die Sozialsysteme" – steht auf Plakaten bei Pegida. Belasten Zuwanderer das Sozialsystem?
6. Gibt es da, wo viele Ausländer leben, mehr Kriminalität?
7. Warum gibt es bei uns Asyl?

Eric Weber

**10. Schriftliche Anfrage betreffend kann so ein Attentat bei uns passieren?**

15.5084.01

Ich habe mich für die Parlamentssitzung vom 7. Januar abgemeldet, da ich da in Paris bei Fam. Le Pen bin. Ich habe den Parlamentsdienst unterrichtet und auch einzelne Grossräte, so u.a. Joel Thüning. Man wusste, ich bin in Paris. Schon früher habe ich in Paris diverse Zeitungen besucht. Und ich wollte am 7. Januar noch zu "Charlie Hebdo", schaffte es aber aus zeitlichen Gründen nicht mehr. Charlie Hebdo hat in seiner Ausgabe vom 7. Januar 2015 auf der Titelseite die Geschichte, dass 2022 ein Muslim Staatspräsident Frankreichs wird. Das gleiche schrieb ich schon im Baslerstab vor 30 Jahren, dass ein Türke Regierungsrat wird. Ich bin dem Tod ganz knapp von der Schippe gesprungen.

Das Massaker von Paris beschäftigt mich sehr. Ich bitte die Regierung, die wichtigsten Fragen dazu zu beantworten:

1. Ist so ein Anschlag auch in Basel möglich? Z.B. auf die BaZ?
2. Liegt Basel, genau so wie Frankreich und Deutschland, im Visier des islamischen Terrorismus?
3. Werden jetzt die Sicherheitsvorkehrungen in Basel erhöht?
4. Wie gross ist die islamistische Szene in Basel?
5. Was bedeutet der Anschlag für die Parteien?

Eric Weber

**11. Schriftliche Anfrage betreffend deutscher Kolonialismus und Imperialismus in der Schweiz**

15.5085.01

Ein Bekannter von mir, Deutsch-Schweizerischer Doppelbürger und Arzt in Zürich, hat sein Auto vor dem Badischen Bahnhof (bei den Lagerhallen, Büros, links) abgestellt. Dort ging er in ein Bordell. Als er zurück kam, hatte er einen Zettel an seinem Auto und hat sich darüber sehr aufgeregt und gesagt: "Ich bin hier in der Schweiz. Da hat Deutschland mir gar nichts zu sagen."

Auf dem Zettel steht:

"Bundeseisenbahnvermögen. Parkverbot auf dem Areal des Badischen Bahnhofs in Basel".

Polizeiliches Kennzeichen war notiert, die Marke, die Farbe, das Datum, das Land und die Uhrzeit. Auch die Nummer vom Kontrolleur: Securitrans 1056. Weiter steht: "Ihr Fahrzeug ist ohne Bewilligung auf einer Parzelle abgestellt, die mit einem Parkverbot belegt ist bzw. nur mit einer besonderen Bewilligung benützt werden darf. Wir bitten Sie, Ihr Fahrzeug künftig nicht mehr auf dieser Parzelle abzustellen. Im Wiederholungsfalle behalten wir uns das Recht vor, Strafanzeige bei der Kantonspolizei Basel-Stadt zu erstatten.

Für den Grundstückseigentümer: Bundeseisenbahnvermögen. Der Beauftragte für die deutschen Eisenbahnstrecken auf Schweizer Gebiet, Schwarzwaldallee 200, CH-4058 Basel"

1. Ist das Verhalten der BRD rechtens?
2. Wieviele Strafanzeigen wurden von dieser Stelle schon eingereicht bei der Kantonspolizei Basel-Stadt?

Eric Weber

**12. Schriftliche Anfrage betreffend Partnerschaft zwischen Basel und Strassburg**

15.5086.01

Seit alters sind die Städte Basel und Strassburg mächtige Orte am Strom. Der Weinbau an den sonnigen Hängen der nahen Hügel ist Kulturgut seit der Römerzeit. Meine erste Freundin wohnt heute mit ihrem Mann in Strassburg und ist dort Lehrerin.

Als mein Vater Grossrat war, 1968 – 1972, da machte der Grosse Rat eine Reise zum damaligen Europarat. Das Europa-Parlament gab es noch nicht.

1. Was macht der RR für ein gutes Verhältnis nach Strassburg?
2. Kann der Grosse Rat mal seine Reise wieder nach Strassburg machen?
3. Kann der Grosse Rat mal wieder das Europa-Parlament besuchen, ein Arbeitsplatz von Grossrat Eric Weber?

Eric Weber

**13. Schriftliche Anfrage betreffend wann wird das Strafgericht geöffnet**

15.5087.01

Grossrat Eric Weber war am 1. Dezember 2014 auf 7.30 Uhr vor Strafgericht. Vor dem Strafgericht standen schon 20 Chaoten und haben mich ganz böse angeschaut. Das Gericht war zu. Ich konnte nicht herein. Ich fühlte mich bedroht. Da ich die Tage zuvor viele Drohungen bekam. Ich hatte Angst. Auch zog eine Horde junger Leute vorbei, die Parolen schrie.

Also rief ich die Polizei an und habe darum gebeten, mir zu helfen. Und dass das Gericht bitte öffnet.

Nun bekam ich erneut eine tolle Einladung von der so lieben Staatsanwaltschaft. Ich hätte den Notruf missbraucht. Ich denke, ich bin wieder im falschen Film. Ich lasse mich aber als Basels jüngster, schönster und erfolgreichster Grossrat nicht brechen. Noch 50 Jahre muss man mit mir in der Basler Politik rechnen. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie oft wurden in den letzten fünf Jahren in Basel Verfahren eingeleitet, wegen Missbrauch vom Notruf?
2. Was ist Missbrauch vom Notruf?
3. Soll man sich lieber beschimpfen lassen, anstatt die Polizei anzurufen?
4. Darf die Polizei Grossrat und Präsident Eric Weber nicht helfen?
5. Warum hat das Gericht nicht geöffnet, wenn um 8.15 Uhr der Schauprozess gegen Eric Weber anfängt?
6. Die Mitarbeiter sassen schon an der Pforte, haben raus geschaut und machten nicht auf. Warum sitzen Justiz-Mitarbeiter an der Pforte und machen nicht auf, wenn Eric Weber draussen steht?

Eric Weber

**14. Schriftliche Anfrage betreffend Verbesserung im Basler Strassenverkehr**

15.5088.01

Fährt man bei der Flughafenstrasse auf die unterirdische Nordtangente, dort bei diesem Spielcasino (das schon zwei- oder dreimal überfallen wurde, von Tätern aus Frankreich), dann fährt man in die Spur rein. Und plötzlich sieht man, man ist im Stau. Man kann nicht mehr zurück und steht dann oftmals sehr sehr lange, nur um ins Kleinbasel zu kommen.

Sinnvoll wäre, wenn vor der Einfahrt in diese Schnellstrasse ein Stauschild kommt, damit man weiss, wenn Stau ist. Dann fährt man nicht rein und würde durch die Stadt weiter fahren, anstatt auf die unterirdische Schnellstrasse. Da ich kein Autofahrer bin, muss ich fragen:

1. Wie nennt sich diese unterirdische Schnellstrasse, die dort anfängt, in der Nähe der Grenze zu Frankreich? Ist das alles Nordtangente?
2. Als Verbesserungsvorschlag gedacht: Kann man bei dieser Einfahrt, vor der Einfahrt, bitte ein Schild neu machen, mit einer Anzeige, die angibt, dass es unten im Tunnel einen Stau gibt?? Denn so fährt man nicht erst in den Tunnel und ärgert sich nicht mehr, wenn man dann dort feststellt, es ist Stau.

Eric Weber

**15. Schriftliche Anfrage betreffend geschlossene Ausfahrt im Kleinbasel bei der Nordtangente**

15.5089.01

Ich habe kein Auto. Daher bitte ich um Nachsicht, wenn ich nicht alle Strassen genau benenne. Kommt man mit dem Auto von Grossbasel in Richtung Kleinbasel auf der unterirdischen Nordtangente, über die Dreirosenbrücke (unter der Erde) ist auf Kleinbasler Seite rechts eine Ausfahrt. Gleich dort, wenn man im Kleinbasel eintrifft. Dort ist rechts eine Ausfahrt. Wenn Stau ist, wäre es toll, man könnte dort raus fahren. Die Ausfahrt ist aber immer zu und man kann nur geradeaus fahren.

Diese Ausfahrt ist aber immer geschlossen. Ich habe sie noch nie offen gesehen.

1. Warum wurde diese Ausfahrt teuer gebaut, wenn diese immer zu ist?
2. Kann man bei Stau diese Ausfahrt bitte öffnen?
3. Was hat es mit dieser Ausfahrt auf sich?

Eric Weber

**16. Schriftliche Anfrage betreffend Biber im Rhein**

15.5090.01

1979 wurden bei Karlsruhe vier Biber ausgesetzt. Scheinbar waren sie die Jahre zuvor ausgestorben oder wurden von Ausländern aufgeessen und daher gejagt.

Auch wurden Lachse in den Rhein getan, damit diese guten Tiere auch wieder heimisch werden.

1. Hat sich Basel-Stadt, als Rheinanlieger, in letzter Zeit für die Tiere im Rhein eingesetzt? Damit diese nicht ermordet werden.
2. Wie ist es mit dem Biber-Stand im Rhein, in Basel?
3. Hat der Rhein wieder Lachse in Basel? Kann man diese essen?

Eric Weber

**17. Schriftliche Anfrage betreffend ist fischen in unserem schönen Kanton kostenfrei**

15.5091.01

Einmal hatten wir den Kantonsfischer als Grossrat. Es war vor vielen Jahren. Ich war damals jüngster Grossrat der Schweiz, gewählt 1984 und 1988.

1. Ist das Fischen im Kanton Basel kostenfrei?
2. Was sind die Aufgaben des Kantonsfishers? Was macht so ein Mensch den ganzen Tag?

Eric Weber



**18. Schriftliche Anfrage betreffend hat Basel Seen**

15.5092.01

Auch in unserem Kanton gibt es viele unbekannte Ecken.

1. Hat unser Kanton Seen?
2. Sagt man für Mehrzahl See oder Seen?

Obwohl Journalist der grössten Zeitung Europas, der Bild, weiss ich es selbst nicht.

Eric Weber

**19. Schriftliche Anfrage betreffend Rhein**

15.5093.01

In einer Fernsehreportage habe ich erfahren, dass in 18'000 Jahren der Bodensee nicht mehr existiert. Dann ist er voll mit Berggestein. Wie ist die Lage in Basel.

1. Muss in Basel sehr viel aus dem Rhein gebaggert werden, damit er weiterhin für die Schifffahrt befahrbar ist?
2. Beahlt das der Kanton BS zusammen mit dem Kanton BL?
3. Wohin wird das ausgebaggerte Gestein, aus Basel, gebracht?

Eric Weber

**20. Schriftliche Anfrage betreffend warum werden an alt Grossräte keine Unterlagen verschickt**

15.5094.01

Alt Regierungsräte erhalten weiterhin alle Unterlagen der Staatskanzlei. Aber alt Grossräte sind davon ausgeschlossen.

Wenn Eric Weber im nächsten Jahr nicht mehr Grossrat ist, möchte er auch weiterhin die Unterlagen bekommen. Eric Weber ist auch Präsident der Volks-Aktion.

1. Kann der Regierungsrat die Unterlagen, die heute Grossrat Eric Weber jede Woche in einem dicken Umschlag erhält, auch erhalten, wenn er nicht mehr Grossrat ist?
2. Wenn der Regierungsrat nicht bereit ist, die Unterlagen an alt Grossräte zu senden, können diese die Unterlagen im Bezahl-Abo erhalten? Wenn ja, wie teuer wäre es beim heutigen Stand?

Eric Weber

**21. Schriftliche Anfrage betreffend Einsicht in das Handbuch für Regierungsräte**

15.5095.01

Jeder Grossrat bekommt nach seiner Wahl Unterlagen, damit er sich in sein Amt einarbeiten kann. Es sind Hinweise und Richtlinien. Jeder Regierungsrat bekommt dies bestimmt auch, von der Staatskanzlei.

Während die Unterlagen für die Grossräte für die Regierung einsichtbar sind, sind die Unterlagen für die Regierungsräte für die Grossräte nicht einsichtbar. Hier haben wir erneut die Zwei-Klassengesellschaft.

1. Besteht für einen Grossrat, auf Antrag, die Möglichkeit, einmal so ein Handbuch für Regierungsräte einzusehen?
2. Wenn ein Grossrat so ein Handbuch einsehen kann, kann er auch besser beurteilen, wie die Regierung arbeitet und versteht besser die Zusammenhänge. Ist die Regierung bitte auch dieser Ansicht? Wenn nein, dann bitte eine genaue Begründung.

Eric Weber

**22. Schriftliche Anfrage betreffend Schifflinie Basel - Amsterdam**

15.5096.01

Auf dem Rhein nimmt der Tourismus zu. Man kann dazu viele Reportagen lesen. Auch ich bin schon oft, mit Hotelschiffen Basel – Amsterdam gefahren. Kostenfrei, da ich darüber Reportagen publiziert habe.

1. Kann die Basler Regierung eine regelmässige Linienschifffahrt von Basel nach Amsterdam unterstützen?
2. Wie soll es mit der Rheinschifffahrt für Personen weiter gehen?
3. Wie soll es mit den Frachtschiffen weiter gehen? Stimmt es, dass immer mehr Waren mit dem Lastwagen transportiert werden?
4. Mit welchen Rheinanlieger-Staaten ist Basel in Kontakt? Und um was geht es da bei den Gesprächen?

Eric Weber

**23. Schriftliche Anfrage betreffend wie ist es mit Hygienestandards in Basel**

15.5097.01

Ich Sorge mich sehr, weil beim Bäcker und Metzger die Verkäuferinnen auch Geld einkassieren. Das ist nicht okay. Und ich vermisse bessere Hygienestandards. Mit den gleichen Händen wird Geld, das auch Drogen-Spuren aufweist und Wurst und Brot angefasst. Igitt.

1. Wer kann das in Basel überprüfen?
2. Müssen Bäcker-Verkäuferinnen Handschuhe tragen? Gibt es in Basel diese Pflicht?
3. Müssen Fleisch-Verkäuferinnen Handschuhe tragen? Gibt es diese Pflicht in Basel?

Eric Weber

**24. Schriftliche Anfrage betreffend Gratis SBB-Abo für sozial schwache Basler**

15.5098.01

In vielen Orten der Schweiz gibt es die Möglichkeit, dass Leute, die nicht viel Geld haben, kostenfrei bei der Gemeindeverwaltung eine Tageskarte für die SBB abholen können. Es ist bekannt, dass dazu keine grosse Werbung gemacht wird. Aber es sind Abos der SBB, die übertragbar sind. Wenn sie nicht genutzt sind, kann jeder (der wenig Geld hat), dies nutzen.

Auch mir fehlen die nötigen Infos. Daher meine Frage an die Regierung:

1. Wer hat Anspruch auf solche Gratis-Fahrten bei der SBB?
2. Wo bekommt man in Basel, bei welcher Stelle (bitte genaue Anschriften und Ansprechpartner nennen) solche Gratis-Tickets?
3. Wenn es das in Basel nicht gibt, könnte sich Basel vorstellen, dass dies eingeführt wird?

Eric Weber

**25. Schriftliche Anfrage betreffend warum gibt es die Jahreschronik nicht mehr kostenfrei**

15.5099.01

Früher bekam ich als Grossrat jedes Jahr die Jahreschronik vom Kanton Basel gratis. Es ist selbstverständlich, dass Parlamentarier das erhalten.

Die Jahreschronik lag immer im Vorzimmer des Grossrats-Saales.

1. Warum bekommen die Grossräte nicht mehr automatisch kostenfrei das Basler Stadtbuch?
2. Kann die Regierung bitte dafür sorgen, dass die Regierung halt pro Jahr 60 bis 80 Bücher kauft, für die Grossräte, die ein solches Buch wollen?
3. Es fällt immer mehr auf, dass Grossräte nur noch Bürger zweiter Klasse sind, aber sich die Regierung immer weiter nach oben entfernt und sich wie die Akt im Walde benimmt. Warum macht die Regierung an Gäste und Fremde Gastgeschenke mit Büchern über Basel – aber der eigene Grossrat bekommt nicht mal das Basler Stadtbuch von der Regierung spendiert?

Eric Weber

**26. Schriftliche Anfrage betreffend Flüchtlinge als Chance für wen**

15.5100.01

Kein Tag vergeht in der Pressewelt ohne Meldungen über den Themenkomplex "demographischer Wandel" oder besser, die Vergreisung unseres Volkes, die sich dadurch auszeichnet, dass es immer weniger Basler Kinder gibt.

Leider werden die Themen nicht aus dem Blickwinkel des Volkes betrachtet, sondern aus ideologischer bzw. wirtschaftlicher Sicht. Das hat schwerwiegende Folgen für die Gesamtpolitik und die öffentliche Meinungsbildung.

Statt eine Lanze für tiefgreifende Massnahmen zur Förderung heimischer Familien zu brechen, schwadroniert die Tageswoche von Neuankömmlingen aus aller Herrenländer, welche es gefälligst zu integrieren gelte, anstatt sie in Sammelunterkünfte zu stecken.

So wie hier Asylsuchende ihrer Heimat beraubt wurden, werden unsere jungen Menschen auch der Heimat beraubt. Freilich ohne Waffen, aber dennoch: Perspektivlosigkeit, Angst vor einem Leben in Armut, wenn man eine Familie gründet aber auch der interkulturelle Druck auf die eigene Identität entfremden die Basler zusehends ihrer Heimat.

Wer sich für die Menschenrechte einsetzen möchte, der sollte dies zuerst auf Grundlage der eigenen Identität machen. In Basel hätten wir damit genug zu tun. Doch wollen das die Herrschenden überhaupt.

1. Sind Flüchtlinge in Basel eine Chance für die einheimische Bevölkerung?
2. Wie haben sich die Flüchtlingszahlen in den letzten Monaten entwickelt?
3. Aus welchen Ländern kommen die Asylanten?

Eric Weber

**27. Schriftliche Anfrage betreffend erleichterte Stellensuche für Sozialhilfe-Empfänger** 15.5101.01

Es ist manchmal nicht schlecht, wenn man einen Blick über den Tellerrand wirft. So kann man dann sehen, dass es auch in Basel Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

Ein Hartz 4-Empfänger in Lörrach kann für seine Arbeits-Bewerbungen alle Kosten vom Jobcenter zurück bekommen. Dazu zählen z.B. Briefmarken, Briefumschläge, Papier und Bewerbungsfotos. Auch werden alle Reisekosten zu einem Vorstellungsgespräch bezahlt, wie die Bahnfahrt. Wenn eine Bewerbung in Berlin ist, dann wird z.B. Lörrach – Berlin – Lörrach bezahlt. Und wenn sogar übernachtet werden muss, da man es an einem Tag zeitlich nicht schafft, wird auch eine günstige Übernachtung bezahlt.

Viele Sozialhilfe-Empfänger bewerben sich in Basel nur für Stellen in Basel, da man ja die hohen Reisekosten selbst bezahlen muss. Wäre aber eine Stelle in Zürich, Genf oder in Frankfurt interessant, dann wird keine Bewerbung gemacht. Das ist sehr schade. Denn so kann man sich z.B. aktiv nur auf 10% der Stellen bewerben, obwohl es in anderen Städten und Regionen noch viel mehr Arbeiten geben würde. Der Vorteil für die Sozialhilfe wäre dann auch, dass man mehr Klienten hätte, die sich schnell von der Sozialhilfe ablösen.

1. Besteht in Basel die Möglichkeit, dass man Sozialhilfe-Empfängern die Reisekosten bezahlen kann, wenn diese ausserhalb von Basel ein wichtiges Vorstellungsgespräch haben?
2. Wie könnte man diese Situation in Basel verbessern? Hat man eine Vorstellung im Tessin, so fallen schon einmal über 200 Franken an Reisekosten an. Hat man eine Vorstellung in Berlin, so fallen schon einmal über 300 Franken an Reisekosten an. Wie kann hier bitte nach einer Lösung gefunden werden?

Eric Weber

**28. Schriftliche Anfrage betreffend Stadtwache in Basel** 15.5102.01

Streife statt Büro: In vielen deutschen Grenzstädten zwischen Deutschland und Polen patrouillieren Rathausmitarbeiter mit gelben Westen. Sie sollen das Sicherheitsgefühl der Bewohner erhöhen – und Diebe abschrecken.

1. Kann man Verwaltungsmitarbeiter in solche Tätigkeiten einbeziehen?
2. Gibt es in Basel schon private Bürgerwehren, die mit der offiziellen Polizei kooperieren?
3. Wie sieht es mit einer möglichen Stadtwache in Basel aus?

Eric Weber

**29. Schriftliche Anfrage betreffend wie hoch darf der Feinstaub in Basel sein** 15.5103.01

Basel gehört schweizweit zu den Städten, die am stärksten durch Feinstaub belastet sind.

1. An wievielen Tagen wurde der Grenzwert in den letzten Monaten überschritten?
2. Eine EU-Richtlinie erlaubt maximal 35 Tage, an denen der Feinstaub-Grenzwert bei mehr als 50 Mikrogramm liegt.
3. Was unternimmt Basel gegen Feinstaub? Wie ist die Lage in Basel zu beurteilen?

Eric Weber

**30. Schriftliche Anfrage betreffend soll der Islam öffentlich-rechtlich anerkannt werden** 15.5104.01

Seit einigen Jahren suchen muslimische Gemeinschaften in mehreren Kantonen nach Wegen, durch die Behörden anerkannt oder gar den Landeskirchen rechtlich gleichgestellt zu werden.

Nachdem im Frühjahr 2014 ein von den beiden grössten Schweizer Muslimverbänden (KIOS und FIDS) in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten der Uni Luzern der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, drängen regionale Muslimverbände nun noch stärker auf rechtliche Anerkennung durch die Kantone.

In Basel-Stadt sind sie diesem Ziel am nächsten, da hier bereits eine gesetzliche Grundlage zur Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften existiert und 2012 den Aleviten erstmals in der Schweiz eine nicht-christliche und nicht-jüdische Religionsgemeinschaft anerkannt wurde. Schon mit der kurzfristig angestrebten einfachen öffentlichen Anerkennung könnten diesen Verbänden Rechte verliehen werden wie der Erhalt von Einwohnerdaten, spezielle Begräbnisplätze, Zugang zum Religionsunterricht an den Schulen oder zur Seelsorge in den Spitälern sowie das Recht auf eine Vertretung in den Räten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Muslime im Baselbiet oder anderen Kantonen ähnliche Forderungen stellen.

1. Wer alles kann in Basel Einwohnerdaten erhalten? Bekommen dies auch Religionsgemeinschaften?

2. Soll der Islam öffentlich-rechtlich anerkannt werden?
3. Wie sieht es mit weiteren speziellen Begräbnisplätzen aus?
4. Bekommen Türken ihren eigenen Religionsunterricht?

Eric Weber

**31. Schriftliche Anfrage betreffend leere weisse Seite in der Zeitung Basel 55**

15.5105.01

In der Ausgabe 2/2014, Basel 55 Plus, ist die letzte Seite ganz weiss. Auf der letzten Seite steht nur das Impressum.

1. Was ist hier passiert?
2. Findet die Regierung nicht auch, dass man solchen Platz nicht verschenken sollte?

Eric Weber

**32. Schriftliche Anfrage betreffend wie gehe ich jetzt mit meiner Angst um**

15.5106.01

Angstforscher Borwin Bandelow: "Man muss sich bewusst sein, dass die Chance, morgen durch einen Anschlag zu sterben, sehr gering ist. Neue und unbeherrschbare Gefahren werden aber häufig subjektiv beängstigend eingeschätzt. Diese Angst lässt aber nach einigen Wochen nach. Menschen gewöhnen sich an das Gefühl. Man muss die Angst aushalten und darauf vertrauen, dass sie wieder abebbt. Menschen haben Fantasien und Bilder vor Augen, die man ihnen nicht nehmen kann. Xenophobie oder zu Deutsch Fremdenfeindlichkeit hat jeder: Sieht jemand anders aus als ich, werde ich misstrauisch und skeptisch." Das steht in der grössten Tageszeitung Europas, der Bild geschrieben. Dort war ich festangestellter Reporter. Was in Bild steht, das zählt. Bild Dir Deine Meinung. Bild eben.

Der Forscher sagt, Fremdenfeindlichkeit ist ganz was normales.

1. Wie sieht die Regierung die Fremdenfeindlichkeit?
2. Was ist für die Regierung konkret Fremdenhass?
3. Ist die VA eine fremdenfeindliche Partei? Nur weil sie auf die Gefahren der Probleme aufmerksam macht.

Eric Weber

**33. Schriftliche Anfrage betreffend was macht die Basler Integrations-Beauftragte**

15.5107.01

Verkräftet unser Rechtssystem terroristische Attacken oder brauchen wir neue Regeln? Der Zukunftsforscher Professor Dr. Horst Opaschowski (74) ist davon überzeugt. Er sagt: "Es ist letztendlich eine Frage der Kontinuität und Verlässlichkeit. Eine Gesellschaft, die sich wie in Deutschland auf ein Rechtssystem stützt, kann terroristische Attacken verkräften, wenn allen – auch Flüchtlingen und Asylbewerbern – unser Lebensstil und unsere Regeln des Umgangs miteinander verständlich vermittelt werden. Je mehr unterschiedliche Kulturen in einer Gesellschaft aufeinandertreffen, desto klarer müssen auch die Regeln sein. Das schafft Sicherheit, Zusammenhalt und soziale Geborgenheit für alle Bürger." Genau das sollte unsere Nicole von Jacobs, Integrationsbeauftragte BS, vermitteln.

1. Kann sich Frau Jacobs mit den Aussagen von Horst Opaschowski einverstanden erklären?
2. Was will die Basler Integrations-Chefin den Ausländern konkret vermitteln?
3. Was will die Basler Intergrations-Chefin den Schweizern konkret vermitteln?
4. Warum wurde der Leserbrief von Eric Weber nie in der Integrationszeitung Mix abgedruckt? Aber von SP-Leuten kommt alles. Das ist mehr als unfair.

Eric Weber

**34. Schriftliche Anfrage betreffend warum wird der Basler Weihnachtsmarkt umbenannt**

15.5108.01

In vielen Texten habe ich in Basel nur noch vom Basler Wintermarkt gelesen. Aber nicht mehr vom Basler Weihnachtsmarkt.

Wurde der Basler Weihnachtsmarkt tatsächlich in Basler Wintermarkt umbenannt?

Eric Weber

**35. Schriftliche Anfrage betreffend Probleme mit den 50'000 Grenzgängern in Basel**

15.5109.01

Der Schweizer Botschafter in Berlin, Tim Guldemann, sagt in der CSU-Zeitung Bayernkurier vom 20. Dezember 2014 folgendes: "Die Pendler aus Italien belasten die Verkehrswege und konkurrenzieren auf dem Arbeitsmarkt die Tessiner. Das hat dort Auswirkungen auf das Lohnniveau."

1. Wieviele Pendler kommen täglich nach Basel-Stadt?
2. Haben die Pendler Auswirkungen auf das Basler Lohnniveau?
3. Wie kann man die Schweizer vor den Elässern und den Süddeutschen schützen?
4. Wie ist es mit den Verkehrswegen in Basel? Sind diese durch die Grenzgänger stark belastet? Es sei nur erinnert, dass in Genf eine rechte Splittergruppe rund 20% bei den letzten Kantonsratswahlen machte. Mit nur einem Thema: Dem Kampf gegen die Grenzgänger. Das hat in Basel noch niemand angesprochen. Daher spreche ich es jetzt auch an und hoffe, auf 20 Prozent am 23. Oktober 2016 zu kommen und auch einen Sitz in der Regierung, bei Euch meinen lieben Freunden, zu ergattern. Zieht Euch schon mal warm an. Danke.

Eric Weber

**36. Schriftliche Anfrage betreffend gibt es Wirtschaftsförderung in Basel**

15.5110.01

Als Wirtschaftsförderung bezeichnet man die von öffentlichen Organen betriebenen Anstrengungen in Form von materieller oder finanzieller Unterstützung, die Wirtschaft in einer bestimmten Region zu beleben. Bei erfolgreicher Förderung amortisieren sich die Fördermassnahmen durch Beschäftigungszuwachs, Steuermehreinnahmen und Attraktivitätsgewinn des Standorts.

1. Gibt es Wirtschaftsförderung in Basel?
2. Was und wer alles wird vom Kanton kostenfrei gefördert? Ich bitte hier um eine genaue Auflistung. Danke.

Eric Weber

**37. Schriftliche Anfrage betreffend wie viel Geld wurde an den Linken Claude Longchamp bezahlt**

15.5111.01

In der Basler Zeitung vom 2. Januar steht bei den Leserbriefen: "Warum beauftragt Guy Morin den Politologen Claude Longchamp für 40'000 Franken zu analysieren, warum die Wahlergebnisse betreffend Basel Ost nicht seinen Vorstellungen und Wünschen entsprachen?"

1. Stimmt es, dass Claude Longchamp 40'000 Franken bekommen hat? Wenn ja, für was war dieses Geld?
2. Wieviel Geld hat Longchamp bis heute bekommen? Von Basel.
3. Ist es der Regierung bewusst, dass Longchamp ein Linker ist?
4. Longchamp ist doch tätig für die Uni. Warum bekommt er dann noch Zusatzgelder von Basel?

Eric Weber

**38. Schriftliche Anfrage betreffend Wohnung von mutmasslichen IS-Sympathisanten in Basel gestürmt**

15.5112.01

Am 30. September 2014 haben rund ein Dutzend bewaffnete Mitarbeiter der Bundeskriminalpolizei die Wohnung eines mutmasslichen Sympathisanten der in der Schweiz verbotenen Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Basel gestürmt.

Beim bosnisch-herzegowinischen Staatsbürger wurde islamistisches Propagandamaterial sichergestellt, unter anderem eine Flagge des IS. Die Bundesanwaltschaft (BA) führt nun ein Verfahren gegen den 40-jährigen. Er wurde einvernommen, ist jedoch auf freiem Fuss.

1. Befindet sich der IS-Sympathisant weiterhin in Basel wohnhaft?
2. Warum hat der IS-Sympathisant weiterhin eine Arbeitsstelle beim Kanton Basel-Stadt? Hat der Kanton Angst, die Kündigung auszusprechen?
3. Wird der IS-Sympathisant bitte auch weiterhin überwacht oder nicht?
4. Gibt es in diesem Fall eine Telefon- und Postkontrolle?

Eric Weber

**39. Schriftliche Anfrage betreffend Umfrage vom Personalmagazin BS intern**

15.5113.01

Mit dem Absender Kanton Basel-Stadt wurde folgendes Schreiben verschickt:

"Sie gehören zu dem Personenkreis, der regelmässig das Personalmagazin BS intern für die Mitarbeitenden des Kantons Basel-Stadt erhält. Nach einigen Jahren möchten wir unsere Adressdatei aktualisieren. Uns interessiert darum, ob Sie das BS intern in Zukunft erhalten möchten." Wer nicht antwortet, der wird einfach raus geworfen.

1. Wie hoch ist die Auflage von BS intern?
2. Wieviele Antworten kamen auf die Umfrage herein?
3. Wurde das Rundschreiben auch an alle Kantonsangestellten verschickt? Oder nur an Leute, die nicht beim Kanton arbeiten?

Eric Weber

**40. Schriftliche Anfrage betreffend rassistischer Seiten im Internet**

15.5114.01

Die Uni Basel stellt neben jedem Computer folgendes Merkblatt: "Alle in der UB Basel eingeschriebenen Benutzer haben Zugang zu den als öffentlich gekennzeichneten Internetstationen während maximal 1 Stunde. Die Zugangsdaten sind persönlich und dürfen nicht weitergegeben werden. Die Computerarbeitsplätze stehen grundsätzlich nur für die wissenschaftliche resp. universitäre Nutzung zur Verfügung. Die private, nicht-kommerzielle Nutzung ist in bescheidenem Rahmen gestattet. Jegliche kommerzielle Nutzung ist verboten.

Die Benutzer verpflichten sich, die Bestimmungen des Schweizerischen Rechts einzuhalten. Die Verletzung urheberrechtlicher, lizenzrechtlicher, datenschutzrechtlicher, zivil- und strafrechtlicher Bestimmungen (insbesondere unerlaubtes Kopieren, die Nutzung pornographischer, extremistischer, Gewalt verherrlichender oder rassistischer Seiten) kann zivil- und/oder strafrechtliche Konsequenzen haben. UB Information."

1. Was sind rassistische Seiten? Bitte um zwei Beispiele. Geht es da auch schon um Parteien, die man nicht mag?
2. Ist ein Sex-Club in Basel, der im Internet ist, eine pornographische Seite?

Eric Weber

**41. Schriftliche Anfrage betreffend Demonstrationen in Basel**

15.5115.01

Seit Jahren werden in Basel alle Demos genehmigt. Aber die Demo von Grossrat Eric Weber wurde verboten. Da muss man daher als Kantons-Parlamentarier schon näher nach fragen.

Urs Müller wurde x-fach von der Polizei empfangen. Für Info-Gespräche. Grossrat Eric Weber wurde einmal empfangen und nie wieder und wurde mit hinterhältigen und hinterlistigen Fragen in die Falle geführt und schachmatt gesetzt.

1. Welche Demonstrationen wurden in den Jahren 2000 bis heute in Basel genehmigt? Ich bitte um eine Übersicht. Danke. Auch wenn es viel Arbeit macht. Aber die Öffentlichkeit will jetzt mehr wissen.
2. Warum wurde die Demo von Eric Weber verboten? Warum darf es keine Pegida Basel geben?
3. Warum wurden in den letzten 20 Monaten keine anderen Demos verboten?
4. Wieviele Demos wurden in den letzten 15 Jahren erlaubt?
5. Wieviele Demos wurden in den letzten 15 Jahren verboten?

Eric Weber

**42. Schriftliche Anfrage betreffend warum wird Türken-Hetze gegen Schweizer noch von der Basler Regierung finanziert**

15.5116.01

In der Hetz-Zeitung "Merhaba Basel", Ausgabe Dezember 2014, schreibt der Verleger und "Chef-Redaktor" Mazlum Kilinc über uns Schweizer folgendes auf Türkisch und Deutsch:

"Denn eine erdrückende Mehrheit des Volkes erteilte durch das Referendum diesem rückständigen Pack, den Parteien und ihren Mitläufern, die jederzeit die MigrantInnen benutzen, um das Volk auszunutzen und ihre schmutzigen Propaganda weiterzutreiben, einen Schlag ins Gesicht." Der Schreibende geifert nur so vor Hass.

In der gleichen Zeitungs-Ausgabe ist der Kanton Basel-Stadt mit bezahlter Redaktions-Werbung vertreten. Auf Seite 16 steht: Kanton Basel-Stadt, mit unserem Kantonswappen. Und dann geht es auf zwei vollen Seiten über das Mammografie-Screening im Kanton Basel-Stadt.

1. Warum macht der Kanton Basel-Stadt in einer linksradikalen Zeitung Werbung?
2. Wie teuer kam die Doppel-Seite für die Ausgabe Merhaba, Dezember 2014? Was wurde dafür bezahlt?
3. Was denkt der Kanton, wie hoch ist die Auflage von Merhaba Basel? Welche Auflage wurde dem Kanton angegeben?

4. Wird der Kanton BS auch weiterhin Geld in diese schweizerfeindliche Zeitung pumpen? Wenn das so der Fall ist, dann müsste der Kanton auch der ausländerfeindlichen Zeitung von Eric Weber mit Geld helfen. Oder wo ist hier die Rechtsgleichheit?

Eric Weber

**43. Schriftliche Anfrage betreffend warum hat die Basler Regierung Angst vor Moslems**

15.5117.01

Im Januar, an einem Montag, musste die geplante Pegida-Demo in Dresden aus Sicherheitsgründen abgesagt werden. Der Grund waren Drohungen islamistischer Extremisten gegen Lutz Bachmann, den Organisator der Kundgebungen. Dies zeigt, wie sehr sich das Klima in Europa seit den Terroranschlägen in Frankreich verändert hat.

Plötzlich scheint es in Europa nicht mehr erlaubt zu sein, Kritik am Radikal-Islam oder an islamischen Parallelgesellschaften zu formulieren.

1. Warum wurde die Basler Pegida-Demo nicht erlaubt?
2. Warum werden aber fast zeitgleich 55 Aussenminister in Basel beschützt?
3. Hat die Basler Regierung Angst vor Moslems? Oder warum ist es nicht mehr in Basel erlaubt, Kritik am Radikal-Islam zu formulieren?

Eric Weber

**44. Schriftliche Anfrage betreffend Pegida Basel und Eric Weber**

15.5118.01

Es sollte legitim sein, äussern zu dürfen, dass man keine Parallelgesellschaften wie im Kleinbasel in seinem Umfeld möchte. Wenn es bereits eingetreten ist, ist es zu spät.

Assimilation und die Voraussetzung der deutschen Sprache für seine Landsleute in Basel wird vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan als Verstoß gegen die Menschenrechte bezeichnet. Er fordert im deutschsprachigen Raum türkische Gymnasien und Universitäten. Aber den Kurden im eigenen Land verbietet er muttersprachlichen Unterricht an Schulen und Unis.

Praktikable Asylgesetze widersprechen keinesfalls einer Weltoffenheit, genauso wenig wie kontrollierte Zuwanderung kein Rassismus und rechtes Gedankengut ist. Pegida und Basel sind keine Schande. Die Schande sind die Ignoranz und Unfähigkeit von Politik und der Medien, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und endlich an Lösungen zu arbeiten.

Niedrige Wahlbeteiligung. Die Politik ist der Meinung, der Wähler versteht ihre Ziele nicht und ist desinteressiert. Tatsache ist, dass der Wähler eingesehen hat, durch Wahlen nichts zu ändern und dass die Angebote der Altparteien sich kaum noch differenzieren und immer seltener den Wünschen der Bürger entsprechen.

1. Wie steht die Regierung zu Pegida allgemein?
2. Wie steht die Regierung zu Pegida Basel?

Eric Weber

**45. Schriftliche Anfrage betreffend Basler Schnäppchenjagd in Deutschland und im Elsass**

15.5119.01

Das Basler Stücki Einkaufszentrum wird Ende 2015 zumachen, da zu wenige Kunden vorhanden sind. Das ist ein Alarm-Signal höchster Rangordnung.

Ob die Schnäppchenjagd in Deutschland zu einem Ladensterben in Basel führt, hängt wohl vor allem von der weiteren Entwicklung des Wechselkurses ab. Bleibt der Franken noch längere Zeit so hart wie jetzt, dürfte so manchem Basler Einzelhändler die Luft ausgehen. Vieles hängt davon ab, wie lange der Ansturm auf die Geschäfte der deutschen Seite noch dauert.

1. Wie kann die Regierung verhindern, dass in Basel immer mehr Geschäfte sterben?
2. Kann man den Basler den Einkaufs-Tourismus nach Deutschland verbieten?
3. Die Basler (nicht aber Eric Weber) mögen ja nicht die Deutschen. Warum fahren Sie denn in Massen über die Grenzen? Spielt Italien – Deutschland, sind die Schweizer für Italien. Spielt Russland – Deutschland, sind die Schweizer für Russland. Sauberes Deutsch darf man im Basler Gymnasium und im Parlament nicht sprechen. Schande auf die Basler. Schande auf das Basler Haupt.

Eric Weber

**46. Schriftliche Anfrage betreffend Sondersteuer für Grenzgänger**

15.5120.01

Wegen dem abgestürzten Euro-Kurs verdienen die deutschen und französischen Grenzgänger in Basel plötzlich sagenhafte 20% mehr Lohn beim Umtausch des Schweizer Franken-Lohns in europäische Euros. Dieser Lohnsprung dürfte eine regelrechte neue Schwemme an Grenzgängern bringen, die in Basel arbeiten möchten. Deswegen würden und werden dann die Arbeitslosen-Zahlen bei uns hochschnellen und viele arbeitswillige Mitbürger in eine Notlage bringen.

Ich schlage deshalb vor, dass per sofort und befristet die Löhne der Grenzgänger mit einer vom Arbeitgeber zu erhebenden sog. 10%igen Ausgleichssteuer belastet werden. Die grosse Summe, die so zusammen kommt, sollte für Hilfszahlungen und Unterstützung an arbeitslos gewordene hiesige Mitbürger verwendet werden und die Sozialhilfekosten verringern, meint ein besorgter Grossrat.

1. Was hält die Regierung davon, dass die Löhne der Grenzgänger mit einer Ausgleichssteuer von 10% "belastet" werden?
2. Wie sieht die Regierung die ganze Problematik, dass 1 Franken nun 1 Euro ist?
3. Wie können die Geschäfte in Basel geschützt werden? Schon die Hälfte der Stadtbevölkerung kauft in Weil am Rhein ein.

Eric Weber

**47. Schriftliche Anfrage betreffend wie kommt man in die geheime Stadt von Basel**

15.5121.01

Obwohl Grossrat und Journalist seit 10 Jahren habe ich umfangreiche Anläufe unternommen. Aber jedes Mal laufe ich in das Leere. Die Pressestelle von Novartis sagte mir schon oft, man meldet sich zurück. Aber das ist eine Lüge. Es gab in zehn Jahren keine einzige Rückmeldung.

In Basel gibt es eine geheime Stadt. Novartis Campus.

Wir sind der Grosse Rat von Basel. Wir müssen die Stadt in Kontrolle halten. Wir müssen auch die Regierung in Kontrolle halten. So steht es im Gesetz. Parlament und Regierung sollten zusammen arbeiten.

1. Kann der Regierungsrat organisieren, dass die Regierung und die Parlamentarier zusammen einmal Novartis Campus sehen können?
2. Wie kann Grossrat und Präsident Eric Weber einmal Novartis Campus besichtigen?
3. Es ist doch merkwürdig, dass Linke und Eric Weber bei Novartis Campus scheinbar nicht willkommen sind?
4. Gibt es weitere Bedrohungen und Sachbeschädigungen gegen Novartis?
5. Werden die Spitzenleute von Novartis weiterhin kostenfrei von der Basler Polizei geschützt?
6. Wie hoch sind die Kosten, die die Polizei mit Personenschutz für Novartis-Manager hat?

Eric Weber

**48. Schriftliche Anfrage betreffend Tag der offenen Tür bei der Basler Regierung**

15.5122.01

Jedes Jahr öffnet "Mutti Merkel" die Türen des Bundeskanzleramtes und der anderen Ministerien in Berlin und Bonn. Und das jährlich. Die Regierung zeigt sich dem Volk. Die Regierung will nicht versteckt arbeiten.

1. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dass man auch in Basel einen Tag der offenen Tür macht? Z.B. kann jedes Jahr ein anderes Ministerium öffnen?
2. Der Tag der offenen Tür beim Grossen Rat, im letzten Jahr, war ja ein voller Erfolg. Angeblich wollten 40'000 Menschen das Rathaus sehen. Was man mit dem Parlament machte, kann man doch auch mit der Regierung machen?

Eric Weber

**49. Schriftliche Anfrage betreffend Arbeit für Grossrat Eric Weber**

15.5123.01

Ich habe mich für zahlreiche Staatsstellen beim Kanton Basel-Stadt beworben. Aber ich bekam immer Absagen. Weil ich Grossrat Eric Weber bin. Meine Zeugnisse und Arbeitsproben als Journalist können noch so gut sein, ich habe keine Chance.

Kann man beim Kanton Basel-Stadt eine Arbeitsstelle für Grossrat Eric Weber schaffen?

Eric Weber